

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Rl.
monatl. 4,80 Rl. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 Rl. Bei
Postbezug vierteljährlich 16,08 Rl., monatl. 5,88 Rl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 Rl.
Danzig 8 Rl. Deutschland 2,50 R.-M. - Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr.
Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher
seiner Ansicht auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises

Bernrui Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einvalige Millimeterzeile 15 Groschen, die einvali-
tige Reklamezeile 100 Groschen. Danzig 10 bis 70 Dz. Pf.
Deutschland 10 bzw. 20 Goldpf. übriges Ausland 100% Aufschlag. - Bei Plat-
vorricht und schwieriger Satz 50% Aufschlag. - Abbestellung vor Anzeigen nur
schriftlich erbeten. - Offertengebühr 100 Groschen - für das Er scheinen der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Postleitzahlen: Polen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 54.

Bromberg, Mittwoch den 6. März 1929.

53. Jahrg.

Der gefränkte General.

Ein offener Brief des Generals Graf Szeptycki an die früheren Kriegsminister: die Generäle Sosnkowski, Sikorski und Zeligowski.

(Von unserem Warschauer Berichterstatter.)

General Graf Stanislaw Szeptycki, vormals Chef des Generalstabes in den Jahren 1918/19, Kommandant der Ostfront im Jahre 1920 und Kriegsminister im Witos-Kabinett, hat an die gewesenen Kriegsminister, die Generäle Sosnkowski, Wl. Sikorski und L. Zeligowski brieflich die Frage gerichtet, wie sie gegen die von Marschall Piłsudski in seiner in der Budgetkommission gehaltenen Rede erhobene schwere Anklage, von der alle gewesenen Kriegsminister sich getroffen fühlen müssen, zu reagieren beabsichtigen. Den Text dieses Briefes hat General Szeptycki dem „Robotnik“ eingesandt, der ihn als offenen Brief in der Sonntagsnummer vom 3. d. Mts. veröffentlicht. Der Brief lautet:

„Nachdem ich die am 28. Februar L. Ps. in der Militärscommission des Senats gehaltene Rede des Marschalls Piłsudski durchgelesen hatte, sandt ich in ihr den Abschnitt über die „lustigen Budgets“ seiner Vorgänger, der früheren Kriegsminister. Da Ansehung der klar und unzweideutig gegen uns alle erhobenen Anklage (da der Name eines Einzelnen nicht genannt wurde), wegen Diebstahls von Geld aus dem Militärbudget,frage ich die Herren gewesenen Kriegsminister, was sie in dieser Sache zu tun beabsichtigen, um zu erfahren, wen und konkret: was Marschall Piłsudski im Sinne hatte.

Was mich betrifft, so beabsichtige ich, wenn diese Sache sich nicht präzisieren ließe, eine Klage wegen Verleumdung einzureichen.

„Ich will nämlich nicht, daß nach meinem Tode jemand, der mich nicht kennt – aus der allgemein gehaltenen Beurteilung des Herrn Marschalls schließe, daß vielleicht General Szeptycki Staatsgelder gestohlen hat, um sie mit Tieren aus einem öffentlichen Haushalt zu verdecken, moch er sich nicht verteidigt hat, so, wie General Lesniewski, seinen Anhänger, der gewesene Kriegsminister, sich heute nicht mehr verteidigen kann.“

Szeptycki,
Feldzeugmeister (general broni), auf eigenes
Verlangen emeritiert.

Lemberg, 1. März 1929.

Der Stil der wenigen Zeilen des Briefes verrät, daß eine vor Born und Enttäuschung behende Hand sie niedergeschrieben hat. Es ist nicht schwer, sich vorzustellen, welche feindselige Dual der allgemein hochgeachtete General Graf S. Szeptycki erbuldet, der Abkömmling einer der ältesten polnischen Adelsgeschlechter, ein Mann, der von der ersten Jugend an in einer Atmosphäre der peinlichen Sorge um die Wahrung der persönlichen, der Standes- und der Dienst-Ehre erzogen wurde und gelebt hat. Gen. Szeptycki, dessen Bruder der griechisch-katholische Metropolit von Lemberg ist, kam vom österreichischen Dienst her und war bereits während des Weltkrieges österreichischer General und eine Zeitlang Oberkommandant der polnischen Legionen, in deren Geschichte ihm als Führer in einem der schwierigsten Momente der Frontkämpfe der Legionen im Jahre 1916 ein unvergessliches Blatt sicher ist.

General Szeptycki ist, wegen seines sittenstrengen Lebenswandelns (etwas mönchisch düster) haben sowohl er als auch sein Bruder, der Metropolit von ihrer glühend-frommen Mutter geerbt) und seines wahrlich nicht mehr ganz „zeitgemäßen“ Char- und Feingefüls befandt, ist also ein Mann, dessen ganzes Wesen gesellschaftlicher Reichtum gescheide irgendwelchen Unsanberkeiten widerstreb. Wer ihn kennt, muß die feindselige Erstürzung, welche ihm die Leitung der Nede des Marschalls Piłsudski verursacht hat, als unvermeidlich ansiehen. Die militärische Wirksamkeit des Generals Szeptycki in Polen war ihm ein Dornenweg, auf dem er tragische innere Konflikte gengen zu bestehen hatte. Liegt nicht etwas tragisch schmerzhaft darin, daß General Szeptycki seinen offenen Brief nur dem „Robotnik“ einsenden konnte und nicht einem der Organe der konservativen Gruppen. Die Schicht, der er politisch von Haus aus gehört, hat sich behaglich im Lager der Sanation niedergelassen und versteht Höflingsdienst beim Marschall Piłsudski. General Szeptycki blieb im Jahre 1919, als von der Rechten ein Staatsreich verfügt wurde, an dem eine heutige DV-Autorität Fürst Sapieha, beteiligt war, dem damaligen Staatsoberhaupt Piłsudski keinen geringen Dienst geleistet, indem er binnen einer halben Stunde den ganzen „Staatsstreich“ liquidiert hat. Sein damaliges Handeln war durch die Liedehe und die Verpflichtung zur Treue bestimmt. Und doch war die damalige Regierung – eine radikale Umschwiegeregierung – während das „Attentat“ die Errichtung einer Reichs-Regierung bezweckte! Dieser Mann der selbstlosten Pflichterfüllung muß nun davor zittern, daß ein Schandstück auf seine fristlose reine persönliche Ehre geraten könnte... Es ist erschütternd!

Die Kriegsminister Polens bis zum Maiumsturz.

Im Zusammenhang mit der Aufsehen erregenden Stelle in der Senatsrede des Marschalls Piłsudski ist es nicht überflüssig, die Persönlichkeiten in Erinnerung zu bringen, welche bisher in Polen das Amt des Kriegsministers verloren haben. Es sind dies:

1. General Broczyński, der für die Stellung des Kriegsministers im Jahre 1918 vom Staatsoberhaupt Piłsudski vorgerückt wurde;

2. General Lesniewski;

3. General Kazimierz Sosnkowski, der Stabschef der 1. Brigade der Legionen, ein langjähriger Freund und der nächste Mitarbeiter des Marschalls Piłsudski;

4. General Wladyslaw Sikorski, der frühere Chef des Militärdepartements des Obersten Nationalkomitees, Kommandant der Kampfgruppe in Polen im Jahre 1915, Führer der 5. Armee im Jahre 1920, Präses des Ministerrates im Jahre 1922 (eine Stellung, die er im Einklang mit dem Wunsche des Marschalls Piłsudski übernahm), Kriegsminister im Kabinett von Wladyslaw Grabski, zuletzt nach dem Maiumsturz Korpskommandant in Lemberg;

5. General Graf Stanislaw Szeptycki (von dessen dienstlicher Wirksamkeit oben die Rede war);

6. General Lucjan Zeligowski, der bekannte Großerer Wilnas, Kriegsminister im Kabinett des Grafen Alexander Skrzynski;

7. General Maleczewski, der zwei Tage lang Kriegsminister im letzten Witos-Kabinett war.

Kein einziger von diesen Militärs hat in den Kreisen seines Verkehrs je zum Zweifel an der Tadellosigkeit seines Privatlebens Anlaß gegeben. Wie kann es die polnische Öffentlichkeit über sich bringen, einen von diesen Männern mit der Vorstellung von veruntreuten Geldern und daraus bestreiten lustigen Bankets in Gesellschaft von Dirnen in Verbindung zu bringen? Und doch ging diese Anklage von der autoritätiesten Persönlichkeit des Staates aus! Das gibt der Angelegenheit den überaus peinlichen Aspekt und läßt die Möglichkeit gefährlicher persönlicher Verwicklungen befürchten.

Der erste Tag der Ratstagung.

Gens. 5. März. (PAT) Gestern vormittag 11 Uhr trat der Völkerbundrat unter dem Vorsitz des italienischen Delegierten Scialoia zu seiner 54. Session zusammen.

In der ersten vertraulichen Sitzung wurde endgültig die Tagesordnung aufgestellt. Auf Antrag der ungarischen und der rumänischen Regierung wurde beschlossen, die Aussprache über den ungarisch-rumänischen Optionenkonflikt auf die Juni-Session des Rates zu legen, da die Verhandlungen zwischen den beiden Ländern, in denen der Konflikt endgültig beigelegt werden soll, noch andauern.

Im Anschluß hieran nahm der Rat den Bericht des finnischen Außenministers Prokope über die Arbeiten der 14. Session der Mandatskommission entgegen. Chamberlain setzte den Rat davon in Kenntnis, daß die englische Regierung ein neues Traktat zwischen England und dem Irak erst in der nächsten Session vorlegen könne, da die Verhandlungen über eine Revision der finanziellen und militärischen Klausel dieses Traktats noch im Gange seien. Weiter beschloß der Rat auf Antrag des Ministers Stresemann, für den 6. Mai eine Session des Wirtschaftsrats des Völkerbundes nach Genf einzuberufen.

Bei der Verlesung des Berichts über die Zahl der ratifizierten Konventionen und Abkommen, die unter den Auspizien des Völkerbundes abgeschlossen wurden, gaben die Vertreter Deutschlands und Polens bekannt, daß die Parlamente ihrer Länder die Absicht hätten, die Konvention über das Verbot der Verwendung von Gasen während des Krieges zu ratifizieren. Schließlich wurde ein Fünfer-Komitee, bestehend aus Juristen, ernannt, das die Frage prüfen soll, ob das Gesuch Litauens um Zulassung seines Vertreters zu den Beratungen über die Frage des Minderheiten schusses zu berücksichtigen wäre. Die nächste Sitzung findet heute, am Dienstag, nachmittags um 4 Uhr, statt.

Bor der Minderheiten-Debatte.

Gens. 5. März. (PAT) Die Generaldebatte über das Minderheitenproblem wird am heutigen Dienstag nachmittag beginnen. In Völkerbundkreisen sieht man ihr mit Spannung entgegen. In einem halbsoziellen Berliner Communiqué wird kategorisch erklärt, daß Deutschland durchaus nicht die Absicht habe, dem Völkerbundrat irgend ein Memorial über die Minderheitenfragen vorzulegen.

Aus Anlaß der gegenwärtigen Session des Völkerbundsrats treten in Genf außer den dem Rat angehörenden Außenministern Deutschlands, Polens, Österreichs, Frankreichs, Finnlands auch die Außenminister Jugoslawiens, Griechenlands und Bulgariens, deren Anwesenheit in Genf im Zusammenhang mit der Debatte über die Minderheitenfrage steht.

Die Frage der Zulassung der Staaten, in denen nationale Minderheiten wohnen, zur Teilnahme an den Beratungen des Rates über den Minderheiten schutz wird in Völkerbundkreisen lebhaft besprochen. Die Regierungen Jugoslawiens und der Tschechoslowakei haben an den Völkerbundrat ein Schreiben gerichtet, in dem sie zwar die Zulassung ihrer Vertreter zu den erwähnten Beratungen nicht fordern, jedoch der Erwartung Ausdruck geben, daß der Rat keinen Beschluß in der Frage der Anerkennung des Verfahrens bei Minderheitenbeschwerden fassen wird, ohne zuvor die interessierten Staaten um ihre Meinung zu befragen.

Eine polnische Erklärung zum Fall Ulitz.

Gens. 5. März. (PAT) Der polnische Delegierte hat gestern dem Generalsekretär des Völkerbundes eine Erklärung der polnischen Regierung über die Beschwerde des Völkerbundes vorgelegt, die die Verhaftung des Abg. Ulitz zum Gegenstande hat. In dieser Erklärung wird betont, daß diese Sache vollkommen im Zuständigkeitsbereich der Gerichtsbehörden liege und daß Polen daher keinen Einfluß auf den Gang dieser Sache ausüben könne. Um so weniger darf eine internationale Institution sich ein Recht hierzu ermaßen.

Zalecki bei Briand und Dandurand.

Gens. 5. März. (PAT) Im Laufe des gestrigen Tages fanden verschiedene Unterredungen zwischen den Delegierten der fremden Staaten in Genf statt. Minister Zalecki hatte eine längere Unterredung mit den Ministern Briand und Dandurand. Die erwartete Begegnung zwischen Briand und Stresemann stand bis jetzt nicht statt. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß es zwischen den Vertretern der an den Verhandlungen der Reparationskommission interessierten Staaten zu einem Meinungsaustausch kommen wird.

Zalecki fuhr um Berlin herum.

Der polnische Außenminister war am vergangenen Sonnabend auf dem Wege nach Genf in Berlin eingetroffen. Dem fahrläufigen Empfang war der Salonwagen des Ministers angehängt. Um in Berlin nicht gezwungen zu sein, auszusteigen, und irgend welche offiziellen Besuche zu machen, verließ der Minister seinen Salonwagen nicht, sondern ließ sich vom Schlesischen Bahnhof auf den Außengleisen der Stadt- und Ringbahn nach dem Anhalter Bahnhof rangeren, wo der Salonwagen an den um 2,45 Uhr Berlin verlassenden Zug angehängt wurde.

Das schlecht gepunktete Monopol.

Lloyd George gegen Chamberlain.

aus London wird gemeldet:
Dieser Tage veranstaltet die Liberale Partei für die fünf hundert Kandidaten, die für die Unterhauswahlen am 29. Mai kandidieren werden, ein Frühstück, bei dem Lloyd George das neue Programm der Partei entwickelt und unter großen Ovationen an der Polizei der Regierung kritisiert.

„Im Ausland ist der Einfluß Großbritanniens unbedeutlich gesunken. Ich bin immer für eine Freundschaft mit Frankreich gewesen, aber wir sind keine französische Provinz. Wenn es sich um einen Vorschlag für den Frieden handelt, muß erst die Ansicht Frankreichs abgewartet werden. Aber das Britische Reich ist ein unabhängiger Konzern und muß in den Räten der Menschheit für sich selbst sprechen. Sir Austen Chamberlain hat vor kurzem einer der prahlreichsten Reden gehalten, die ich je gehört habe. Er hat erklärt, als er sein Amt antrat, habe er alles in Verwirrung und Chaos gehüllt gefunden. Aber jetzt, nachdem er fünf Jahre im Foreign Office sei, sehe er Ordnung, Licht und Sicherheit. Sir Austen soll lieber sein Monopol abwischen und noch einmal hinsehen. Gibt es denn nichts, was ihn in Südosteuropa und Zentraleuropa oder in der geplanten Stimmung der Vereinten Staaten seit dem englisch-französischen Pakt beunruhigt? Die Rüttungen nehmen zu. Wenn Chamberlain noch einmal hinsehen wird, wird er weniger selbstgefällig sein.“

Korsanty als Kläger.

Polen trägt selbst die Schuld...

Die Katowitzer „Polonia“ Korsanty bezeichnet den bevorstehenden „Zweikampf zwischen Polen und Deutschland in Genf“ als den Höhepunkt des Minderheitenstreits. Der Grund für die dauernden Anklagen der deutschen Minderheit gegen Polen liegt darin, daß unter ordnete Stellen die amtliche (soll heißen: Warschauer) Minderheitenpolitik durch Herausgabe unüberlegter Verordnungen durchkreuzt. Besonders der Wojewode von Schlesien, Grażynski, habe in dieser Hinsicht Großes geleistet; seine Verordnungen hätten in der internationalen Politik immer einen Widerhall gefunden. Wenn jetzt Deutschland einen „Generalangriff“ gegen Polen vor dem Völkerbundrat eingeleitet habe, so müsse Polen sich die Schuld daran selbst zuschreiben, weil die Warschauer Regierung nicht stark genug gewesen sei, um untergeordnete Behörden, die die allgemeine Linie der polnischen Politik ableggen und Polen bloßstellen, zur Ordnung zu rufen. Der Minister des Auswärtigen habe zwar über diesen Zustand, er sei jedoch völlig machtlos, weil neben dem Ministerium des Auswärtigen noch eine andere Instanz bestünde, die eine andere Politik mache. Ein Beweis für das Doppelspiel Polens sei das urglückliche Auftreten Zalekis in Lugano, das von der allgemeinen Politik des Ministeriums des Auswärtigen völlig abwich. Stresemann habe auf diesen Misstritt nur gewartet, um seinen „Generalangriff“ gegen Polen vor dem Völkerbund einzuleiten. Die Aufnahme seines Antrags in der öffentlichen Meinung der Welt sowie die Tatsache, daß der Antrag des Deutschen Volksbundes über Ulitz auf die Tagesordnung der Ratstagung gesetzt worden ist, habe den Schritt Stresemanns sehr unterstützt, so daß Zalekis Versuch zur Paralyseierung des deutschen Vorgehens wertlos erscheine.

Oberschlesische Lohnverhandlungen.

Kattowitz, 5. März. (Eigene Drahtmeldung.) Die gestern begonnenen Lohnverhandlungen im oberschlesischen Bergbau haben zu keinem Ergebnis geführt. Die Kohlenindustriellen erklärten, daß sie einen Beschluß in der Frage der allgemeinen Lohn erhöhung erst fassen können, nachdem die Regierung ihre Forderungen hinsichtlich der Erhöhung der Kohlenpreise auf dem Industriemarkt sowie Zuverlässigung bestimmter Steuererleichterungen erfüllt haben wird. Da weitere Verhandlungen zwecklos sind, wird ein Kongress der Berufsräte einberufen werden zwecks Stellungnahme zu den Lohnstreitigkeiten. Wahrscheinlich wird ein Einspruch der Regierung erfolgen. Um die Regierungsstellen über die geschaffene Lage zu informieren, ist der Arbeitsinspektor Galot nach Warschau gereist.

Und dieser Mann war Außenminister!

Außenpolitische Bekennisse, die Wahrheit, Verstand, Weitblick und Kultur vermissen lassen.

Warschau, 4. März. In der Freitag-Sitzung der Außenkommission des Senats ergriff als erster der nationaldemokratische Senator Dr. Marian Senda, der Chefredakteur des "Kurier Poznański" und frühere Außenminister, das Wort.

Der Redner polemisierte zunächst gegen die Ausschüsse des Senators Pojana in einer früheren Sitzung der Kommission, in der Peiner unter Berufung auf den deutschen sozialistischen Abg. Breitscheid, der die Führer des neuzeitlichen Deutschland repräsentiere, ausführte, daß Deutschland weder für Polen noch für die übrige Welt gefährlich sei. Wenn es in Polen Leute gebe, welche die deutsche Gefahr für Polen und für Europa nicht anerkennen, so dürfe man sich nicht wundern, daß diese Gefahr auch für viele, die außerhalb Polens leben, nicht anerkannt wird, daß es dort viele Leute gebe, die sich darüber keine Rechenschaft abgeben, daß für die deutsche Politik die Beteiligung an pazifistischer Tätigkeit nur ein diplomatisches Spiel sei, während diese letztere für andere Völker, namentlich z. B. für Frankreich, ein aufrichtiges Streben sei. (Vergl. den belgisch-französischen Pakt! D. R.) Untere Aussäße beschränkt sich nicht darauf, die Reden des Außenministers entweder zu loben oder zu tadeln, wir haben vielmehr die Pflicht, in der polnischen Außenpolitik eine aktive Rolle zu spielen. Es wäre sehr schlimm, wenn das Ausland die Überzeugung gewinne, daß das polnische Parlament die „deutsche Gefahr“ nicht für so real hielt, daß es an den Pazifismus des Deutschlands der Breitscheid glaube, und daß es sich nicht an dem beteilige, wovon der Bau des Groenerischen Panzerkreuzers das Symbol bildet. Der deutsche Panzerkreuzer ist ein in Versailles gestalteter Ersatzbau. Bei der Bestellung der neuen polnischen Schiffe handelt es sich um Neubauten. Die deutsche Armee beträgt den dritten Teil der polnischen Streitkräfte im Frieden, trotzdem Deutschland doppelt so stark bevölkert ist als Polen. Warum verschweigt der Geuchler Senda diese Zahlen? D. R.)

Der Redner erinnert dann an das sogenannte Genfer Protokoll, das dann durch den Vorschlag von regionalen Bindungen ersetzt worden sei, und an den Kellogg-Pakt, dem er nur eine moralisch-politische Bedeutung beimißt. Aber gerade deswegen, weil die regionalen Verträge zwecks gegenseitiger Hilfe nur einen konkreten Charakter haben, sei und bleibe Deutschland Gegner ihrer Anwendung auf den Osten Europas. Für Polen ergebe sich daraus die Notwendigkeit, sich auf ein System von Bindungen zu stützen; es ergebe sich die Notwendigkeit, alle Konsequenzen dieser Bindnisse auszumunzen, und ebenso auch alle Ermächtigungen des Verfaßter Vertrages. Über den Vertrag hinaus wurden dreiviertel Millionen Deutsche verbrannt und eine Million Hektar kamen aus deutscher in polnischer Hand! D. R.) Mit unserer Sicherheit, die eine Bedingung des allgemeinen Friedens ist, verbindet sich unmittelbar die Frage der Rückführung des Rheinlandes, in der Polen mitzureden hat als eines der alliierten und assizierten Völker. Es brachte dies im vorjährigen Jahre der Außenminister in Paris zum Ausdruck, und wir hoffen, daß er trotzdem, was er später vorgebracht hat und was von den Deutschen ausgenutzt worden ist, sich nicht hinter den Kellogg-Pakt zurückziehen wird, wie sein Vorgänger sich von dem Locarno-Pakt hat herausziehen lassen. Die Deckschrift Groener's hat dem polnischen Minister viele Trümpfe in die Hand gegeben. (Selbst die "Gazeta Warszawska" hat ihren reinen Defensivcharakter betont! D. R.) Die Regierung Szałkis aus dieser Deckschrift, den gegenwärtigen Besitzstand durch Polen und Deutschland zu garantieren, war durchaus logisch. (Diese Anerkennung Sendas ist ein schlechtes Zeichen für Szałki. D. R.) Die Gegnerschaft Deutschlands gegen diesen Pakt gibt dem Minister neue Argumente bezüglich des Westens.

Man darf indessen nicht vergessen, daß Polen außerdem noch Mittel besitzt, um sich zu schützen. Worauf Senda verzögert, die „Gefahr“ mit folgender Herausforderung herauftaucht: „Die Benutzung der Ermächtigungen, die uns der Verfaßter Vertrag bezüglich der Liquidation des deutschen Besitzes in Polen und der Ausweitung der Optanten gibt, muß die reale Antwort auf den Bau des deutschen Panzerkreuzers bilden.“ (Wolle Deutschland in logischer Konsequenz diesen „edlen“ Rat befolgen, dann wäre der Bau jeder neuen Einheit der polnischen Flotte, der nicht wie der Panzerkreuzer A nur ein Ersatzbau ist, der Anlaß für die Vertreibung polnischer Optanten aus Deutschland, für die Enteignung des gesamten polnischen Bestandes im vielgehaßten Reich.“ Welcher Narr glaubt noch daran, daß man mit Öl das Feuer löschen, daß man mit der Ausbreitung des letzten Fleckes der Deutschen die Westgebiete Polens sichern kann? Sie würden ruhiger schlafen, Herr Senda, wenn Sie und Ihre Freunde sich nicht vor Gott und der Geschichte wegen der Verdrängung von Hunderttausenden bester deutscher Bürger, wegen der Massenenteignung bestbewirtschafteter deutscher Güter zu verantworten hätten. Wenn eine „deutsche Gefahr“ besteht, dann verdankt der Staat sie ausschließlich dem Eigennutz und hat gewissermaßen volkstümliche „Patrioten“, die das instinktiv politisch viel richtiger empfindende Volk bei den letzten Parlamentswahlen so lästig ablaufen ließ. D. R.)

Herr Senda entdeckt dann sein bolschewistfreundliches Herz und fordert die Ausbreitung des deutschen „Teufels“ durch den russischen „Beelzebub“, damit der polnische „Engel“ sein rotes Wunder erleben kann. Er sagt: „Je mehr sich die friedensfeindlichen Kundgebungen im Westen von seitens Deutschlands abzeichnen — gab es drüber jemals Kundgebungen, die friedensfeindlicher gegenüber dem Nachbarn waren, wie diese Senda-Nede? — desto mehr liegt es im Interesse Polens und der Welt, alles zu tun, was die Bevölkerung mit unserem östlichen Nachbar fördert.“ Der verflossene Außenminister kam dann auf die Frage der Niederlassung der Deutschen zu sprechen und führte dabei etwa folgendes aus: Den Leuten im Auslande ist es manchmal trotz guten Willens schwer, sich in unsere heimelige Lage hineinzudenken. Einer der pazifistischen deutschen Führer, der sich lebhaft für wirtschaftliche Dinge interessiert, hat den Senator Senda ihm die wahren Gründe für die Gegnerschaft der nationalen polnischen öffentlichen Meinung gegen die Gewährung des Niederlassungsrechts an die Deutschen speziell im Westen angegeben. Er kannte die nationalpolitischen Argumente dafür. Er hatte dafür auch ein gewisses objektives Verständnis, aber er hörte vom Senator Senda, dem wir sowiel Selbstironie und Humor gar nicht augeracht hätten, nun auch das wirtschaftliche Argument:

„Die Anerkennung des Niederlassungsrechts an die Deutschen würde die wirtschaftlichen Grundlagen der polnischen Bewohner schädigen. Das Westgebiet in Polen ist das einzige, das in den letzten Jahrzehnten unter den schwersten Bedingungen, nämlich im nationalen Kampfe, es fertig gebracht hat, einen verhältnismäßig fräftigen Kernpolnischen Mittelstand zu schaffen, wodurch eine nationale Geschlossenheit und Energie, sowie ein soziales Gleichgewicht gebildet und wodurch dieses Teilgebiet in neuzeitlicher und forschrittslicher Weise umgestaltet wurde. Daher begt man in Westpolen den polnischen Mittelstand wie seinen Augapfel, und deswegen reagiert man gegen alles, was dem schädlich wäre, mit verdoppelter Entschiedenheit.“ Der deutsche Pazifist verstand dies nicht nur

vollkommen, sondern trotz seiner internationalen Gefühle erkannte er die Richtigkeit des antiliberalen und rücksichtslos ablehnenden Standpunktes der Polen gegen die diesbezüglichen deutschen Forderungen an, die unser Außenministerium trotz der Ablehnung seitens der nationalen öffentlichen Meinung, namentlich in den Westgebieten, fördere.“ —

Der deutsche Pazifist, der sich angeblich von Herrn Marian Senda überzeugen ließ, kann uns nur leid tun. Dieser landfremde Volkskundschafter hätte sich doch die Frage vorlegen müssen, wodurch es denn gerade in dem ehemals preußischen Teilgebiet möglich geworden ist, einen kräftigen polnischen Mittelstand zu schaffen, und er hätte sich darauf die Antwort geben müssen, daß dieser Erfolg ausschließlich dem deutschen Einfluß zu verdanken ist. Worauf sich als einzige Forderung hätte ergeben müssen, für Herrn Senda sowohl wie für seinen Pazifisten, das die weitere Niederlassung von Deutschen diese Entwicklung nur fördern könnte. Der im ehemals preußischen Teilgebiet erstandene polnische Mittelstand ist das Produkt der preußischen Erziehung und Ordnung. Diese allein haben es ausgereicht, daß dieses Teilgebiet sich heute in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung vor den anderen so vortrefflich abzeichnet. Die Entwicklung des polnischen Mittelstandes bildet gleichzeitig die Widerlegung des langjährigen polnischen Märchens von der nationalen Unterdrückung des polnischen Elements zur Zeit der preußischen Herrschaft. Wäre das polnische Element wirklich unterdrückt worden, so hätte sich ein so kräftiger polnischer Mittelstand, wie ihn Herr Senda heute nicht zum ersten Male — und zwar mit Recht — feststellt, niemals entwickeln können.

Der Aufstand in Mexiko.

Berlin, 5. März. (Eigene Drahtmeldung.) Laut Meldungen aus New York hat sich die Aufstandsbewegung in Mexiko immer weiter ausgedehnt. Die Aufständischen beherrschen jetzt 10 Staaten und legen einen Gürtel um die mexikanische Hauptstadt. Außer den Indianerstämmen des Nordens sollen auch Anhänger der clerikalischen Partei auf der Seite der Aufständischen stehen. Um Washington zu beruhigen, haben die Aufständischen mitgeteilt, daß amerikanische Interessen durch sie nicht angegriffen würden. Demgegenüber befagt eine Sonder-Meldung, daß durch die mexikanischen Aufständischen amerikanische Interessen bereits in Mitleidenschaft gezogen worden seien. Die Aufständischen hätten die Überquerung der Grenze durch den von Nogales nach Sonora verhindrenden Zug verboten.

Wie aus New York gemeldet wird, bestätigt sich die Meldung aus Texas nicht, wonach Portes Gil und Calles gefangen genommen worden seien.

Zwischen 5000 Mann mexikanischer Bundesstruppen und einer starken Streitmacht Aufständischer kam es gestern zu einem erbitterten Kampf, über dessen Ausgang noch keine Meldungen vorliegen.

Gandhi verhaftet.

London, 5. März. (Eigene Drahtmeldung.) In Kalkutta fand eine große Kundgebung für den Boykott ausländischer Kleidung statt, in deren Verlauf die Manifestanten einen großen Berg eingeschüchterter Kleidung und Stoffe in Brand stellten. Als die Polizei das Feuer löschen wollte, griffen die Eingeborenen die Polizisten an. Eine große Zahl von Beamten wurde verwundet. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor. Unter den Verhafteten befindet sich auch Mahatma Gandhi.

London, 5. März. (Eigene Drahtmeldung.) Nach Berichten aus Kalkutta ist Gandhi gegen Kanton wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Gandhi reist am heutigen Dienstag nach Burma, wo das Verfahren gegen ihn wegen der Vorgänge in Kalkutta durchgeführt werden wird.

Die rettende Verhaftung.

Erklärung des „Utrechtsche Dagblad“.

Berlin, 5. März. (PAT) Dem Wolffbureau zufolge hat das „Utrechtsche Dagblad“ in seiner geläufigen Morgenausgabe die Erklärung veröffentlicht, daß weder die Verlagsdirektoren, noch irgendwelche Redaktionsmitglied, oder irgend jemand vom Personal dieses Blattes in einem mittelbaren Kontakt mit der in Brüssel wegen der durch das Blatt veröffentlichten geheimen Dokumenten verhafteten Persönlichkeit Frank Heine gestanden hat. Weiter erklärt das Blatt, daß es für die veröffentlichten Dokumente auch nicht einen Pfennig gedackt habe.

Die Veröffentlichung erfolgte auf Wunsch der holländischen Regierung?

Amsterdam, 5. März. (Eigene Drahtmeldung.) Im Anschluß an die Mitteilungen des „Soir“ im Zusammenhang mit der Frage, inwieweit das Außenministerium im Haag über den Inhalt der Schriftstücke unterrichtet war, erklärt der Schriftleiter des „Utrechtsche Dagblad“, daß, wenn die Regierung, die über die Möglichkeit einer Presseveröffentlichung als vollkommen unterrichtet gelten müßte, der Presse im allgemeinen oder dem „Utrechtsche Dagblad“ im besonderen auf amtlichem oder halbamtlichem Wege mitgeteilt hätten, daß ihr die ursprüngliche oder spätere Veröffentlichung unwillkommen sei, daß dann dieser empfohlene Weg von der Hauptredaktion auch unbedingt eingeschlagen worden wäre. — Aus dieser Erklärung des „Utrechtsche Dagblad“ geht ziemlich einwandfrei hervor, daß die Veröffentlichung des belgisch-französischen Militärpastes mit Wissen und Willen der holländischen Regierung erfolgt sein dürfte.

Verlegenheitsestammel.

Pariser Pressangriff gegen Holland.

Paris, 4. März. (Eigene Drahtmeldung.) Die Aufdeckung des französisch-belgischen Geheimvertrages gibt der französischen Presse Veranlassung, ebenso scharfe wie kindliche Angriffe gegen Holland zu richten. Holland besiegt, so wird erklärt, kein Verständnis für europäische Pflichten. (So sprach der Kochs, als die Gans sich nicht aufstellen lassen wollte!) Der „Petit Parisien“ behauptet, daß die Holländer dagegen verteidigt, Partei zu ergreifen, daß die Holländer auf eine Gelegenheit gewartet hätten, um eine gegenüber Belgien und Frankreich gehobte, bisher unterdrückte Abneigung, die durch nichts gerechtfertigt sei (?!), zum Ausdruck zu bringen. Das „Ouvrage“ meint, häufig ließen sich die Politiker zum Kriege führen, nicht, weil sie den Kriegen nicht liebten, sondern weil sie keinen kritischen Geist besaßen.

Ein neuer belgischer Geheimpakt.

London, 4. März. Der „New York American“ veröffentlicht nach Meldungen aus New York ein geheimes Schriftstück, das nicht weniger aufsehenregend ist als das kürzlich von dem „Utrechtsche Dagblad“ veröffentlichte

belgisch-französische Geheimabkommen. Die Zeitung weist ausdrücklich darauf hin, daß sie keine Verantwortung für die Echtheit des Schriftstücks übernehmen könne, im Hinblick auf seine Bedeutung aber die Veröffentlichung nicht zurückstellen wolle. Es stellt einen mündlichen Bericht der belgischen Defensiv- und Offensiv-Vorbereitungen im Kriegssalle gegen Deutschland dar und soll vom ehemaligen Chef des belgischen Generalstabes, Galet, am 29. März 1928 vor einer kleinen belgischen Körperschaft vorgetragen worden sein. Auf Grund des Schriftstücks soll General Galet damals erklärt haben, daß die belgische Regierung die Entsendung eines Landkörps zugesagt habe. In starker Anlehnung an die holländischen Veröffentlichungen enthält dann das Schriftstück einen Operationsplan durch die holländische Provinz Limburg. Die französischen und belgischen Truppen sollen in drei Linien vorgehen, wobei Belgien den rechten Flügel bilden

Die deutschen Märzopfer in Böhmen.

Der „D. A. B.“ wird aus Prag berichtet:

Zahlreiche deutsche Parlamentarier des Abgeordnetenhauses gedachten in längeren Ausführungen der zehnjährigen Wiederkehr des Tages der Märzgefallenen in sudetendeutschen Städten. Für die Deutsche Nationalpartei sprach Abgeordneter Horznaka, der u. a. ausführte:

„Am 4. März jährt sich für uns Sudetendeutschen zum zehnten Male ein Tag des Entzehns und der Trauer. An diesem Tage war nach Wien die Nationalversammlung der Republik Deutsch-Ostpreußen einberufen. Durch militärische Beliebung des sudetendeutschen Grenzlandes verhinderten die Tschechen die Wahlen dieses deutschen Gebietes für die Nationalversammlung in Wien. Als sich trotz der tschechischen Drohungen die deutsche Bevölkerung nicht einschüchtern ließ, begannen die Tschechen ohne Grund und auf Maschinenfeuer an die Deutschen zu schießen. 117 deutsche Todesopfer stehen an der Wiege des tschechischen Staates. Wir Sudetendeutschen glauben mit unserem ganzen Volk an den Sieg unseres Rechts.“

Der Abgeordnete der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, Knirsch, führte u. a. folgendes aus:

„An den Gräbern der Märzgefallenen pflanzen wir die neue Hoffnung auf, daß eins das Recht über das Unrecht siegen werde, wenn wir uns treu bleiben. Der 4. März ist für uns ein Tag der Trauer, aber auch des Hoffens und Glaubens. Die zehnjährige Wiederkehr dieses schwarzen Tages in der Geschichte unseres Volkes wollen wir nicht vorübergehen lassen, ohne das unverfälschte Recht eines jeden Volkes, auch des deutschen Volkes, auf Selbstbestimmung zu verkünden und zu geloben, in diesem Geist weiterzuarbeiten. Der Regierung aber rufen wir ihr Versprechen in Erinnerung, für die Hinterbliebenen der Opfer des 4. März sorgen zu wollen.“

Auch der parlamentarische Club des Bundes der Landsmänner versammelte sich zu einer Gedächtnisfeier für die am 4. März 1919 für Deutschum und Heimat gefallenen Blutzeugen.

Aus der Kommission für Agrarreform.

Warschau, 4. März. Die Beratungen der Agrarkommission, die am 1. März zu einer Sitzung zusammengetreten waren, weckten ein großes Interesse, da auf der Tagesordnung die Anträge des PPS-Klubs, der PPS und des Wyzwolenie-Klubs auf weitere Radikalisierung der Agrarreform standen. Das Referat über diese Anträge erstattete der Abg. Malinowski (Wyzwolenie). Er hielt einen sehr langen Vortrag, in dem er auf die Geschichte, sogar bis zu Moses' Zeiten zurücktrat und die Ansicht vertrat, daß sich der Großgrundbesitz infolge der Krise, die die Landwirtschaft gegenwärtig durchmacht, nicht erhalten könnten. Andererseits hob er hervor, daß auch der kleine Besitz nur 5 Prozent vom Kapital heranwächst. Der Referent erklärte, er werde sich hauptsächlich an das von der PPS eingebaute Projekt halten, wenngleich einige Teile des Projekts der Bauernpartei gut seien. Bei dieser Gelegenheit erinnerte der Redner daran, daß das Projekt der Bauernpartei eine Kopie des Projekts darstelle, daß der Wyzwolenie-Klub im Jahre 1924 eingebracht habe und daß auch von den damaligen Abgeordneten Bartel, Miedzyński, Kościakowski, Sanjaco und Barański unterschrieben wurde, die jetzt dem Regierungsklub angehören. Der Referent gab der Erwartung Ausdruck, daß die Änderungen an dem Gesetz über die Agrarreform schließlich und radikal durchgeführt werden möchten.

Das Referat löste eine längere formale Diskussion aus, in deren Ergebnis man zur allgemeinen Diskussion über die Anträge überging. Bei dieser Gelegenheit erklärte der Departementsdirektor Kasinski, daß das Ministerium für Agrarreform mit großem Interesse die Beratungen der Agrarkommission verfolge und im Laufe einer Woche einen bestimmten Standpunkt zu den eingebrachten Anträgen einnehmen werde. Wenn der Standpunkt des Ministeriums für Agrarreform mit den anderen Ministerien vereinheitlicht sein wird, soll der Kommission eine entsprechende Vorlage unterbreitet werden.

Die P. P. S. fordert Neuwahlen zum Schlesischen Sejm.

Warschau, 4. März. Die Beratungen der Agrarkommission, die am 1. März zu einer Sitzung zusammengetreten waren, weckten ein großes Interesse, da auf der Tagesordnung die Anträge des PPS-Klubs, der PPS und des Wyzwolenie-Klubs auf weitere Radikalisierung der Agrarreform standen. Das Referat über diese Anträge erstattete der Abg. Malinowski (Wyzwolenie). Er hielt einen sehr langen Vortrag, in dem er auf die Geschichte, sogar bis zu Moses' Zeiten zurücktrat und die Ansicht vertrat, daß sich der Großgrundbesitz infolge der Krise, die die Landwirtschaft gegenwärtig durchmacht, nicht erhalten könnten. Andererseits hob er hervor, daß auch der kleine Besitz nur 5 Prozent vom Kapital heranwächst. Der Referent erklärte, er werde sich hauptsächlich an das von der PPS eingebaute Projekt halten, wenngleich einige Teile des Projekts der Bauernpartei gut seien. Bei dieser Gelegenheit erinnerte der Redner daran, daß das Projekt der Bauernpartei eine Kopie des Projekts darstelle, daß der Wyzwolenie-Klub im Jahre 1924 eingebracht habe und daß auch von den damaligen Abgeordneten Bartel, Miedzyński, Kościakowski, Sanjaco und Barański unterschrieben wurde, die jetzt dem Regierungsklub angehören. Der Referent gab der Erwartung Ausdruck, daß die Änderungen an dem Gesetz über die Agrarreform schließlich und radikal durchgeführt werden möchten.

Das Referat löste eine längere formale Diskussion aus, in deren Ergebnis man zur allgemeinen Diskussion über die Anträge überging. Bei dieser Gelegenheit erklärte der Departementsdirektor Kasinski, daß das Ministerium für Agrarreform mit großem Interesse die Beratungen der Agrarkommission verfolge und im Laufe einer Woche einen bestimmten Standpunkt zu den eingebrachten Anträgen einnehmen werde. Wenn der Standpunkt des Ministeriums für Agrarreform mit den anderen Ministerien vereinheitlicht sein wird, soll der Kommission eine entsprechende Vorlage unterbreitet werden.

Aus anderen Ländern.

Bedrohliche Demonstrationen chinesischer Studenten.

Peking, 4. März. Dieser Tage zogen hier über 5000 chinesische Studenten vor das Universitätsgebäude und begannen zunächst gegen den Rektor, später gegen die Gesandten der ausländischen Staaten zu demonstrieren. Die Studenten forderten u. a. die Aufhebung des sogenannten Gründungs-Stadtteils und die Zurückziehung der chinesischen Arbeiter aus diesem Stadtteil. In Anbetracht der drohenden Haltung, die die Studenten bei den weiteren Straßenmärschen einnahmen, und der Versuche zu dem von den Gesandten bewohnten Stadtgebiet zu gelangen, bereiteten sich die Gesandtschaften zur Defensive vor. Es wurden Maschinengewehre aufgestellt; die amerikanische Gesandtschaft hatte sogar Kanonen in Bereitschaft. Im letzten Augenblick zogen sich die Demonstranten zurück und begeben sich abermals vor die Universität, wo die Umsetzung aufgelöst wurden. Allgemein wird erwartet, daß sich die Demonstrationen und die Angriffe auf den Gesandten-Stadtteil in den nächsten Tagen wiederholen werden. Die Gesandtschaften halten Militär in Bereitschaft.

Bromberg, Mittwoch den 6. März 1929.

Pommerellen.

Achtung, Autobesitzer!

Die Wojewodschafts-Autoprüfungskommission wird wieder am 18. und 20. März und 10., 17. und 24. April in Thorn amtieren.

5. März.

Graudenz (Grudziądz).

X In Sachen der ländlichen Gemeindewahlen gibt der Starost des Landkreises Graudenz folgendes amtlich bekannt: „Wie festgestellt worden ist, sind infolge starker Schneevermehrungen in manchen Gemeinden die Gemeindewahlster- und Schöffennahmen nicht bis zum 17. Februar durchgeführt worden. Infolgedessen verordne ich, die Wahlen in diesen Gemeinden am 10. März d. J. vorzunehmen.“

Gegen die Vorschrift der Pflasterung, Bemalierung oder Asphaltierung der Hölle derjenigen Grundstücke in ländlichen Gemeinden, auf denen sich Fleischereien, Bäckereien, Molkereien usw. befinden, wird, wie die Wojewodschaft bekanntgibt, oft mit der Begründung Einspruch erhoben, daß wegen größerer Ausdehnung der Hölle die Pflasterung usw. auf dem ganzen Terrain allzu große Kosten verursachen würde. Mit Rücksicht hierauf weist die Wojewodschaft darauf hin, daß dem nichts entgegensteht, wenn ein Teil eines geräumigen Hofraumes mit Gräsern oder Blumen oder auch mit Sträuchern oder Bäumen bepflanzt wird. Nur derjenige Hofteil muß Pflasterung besitzen, der für den Wanzen- oder Fußgängerverkehr bestimmt ist. Die Garten- Blumen- usw. Anlagen sind in guter Ordnung zu halten und von dem Rest des Höfes genau abzugrenzen. *

X Zu dem tödlichen Unfall in Groß-Lubin bei Graudenz, über den von uns berichtet wurde, sei noch mitgeteilt, daß es sich in der Verunglückten um die 30jährige ledige Arbeiterin Rozalia Pakol gehandelt hat. Die nach dem Vorfall getroffenen Feststellungen haben bestätigt, daß das bedauernswerte Geschick der Verunglückten auf ihre eigene Urvorsichtigkeit zurückzuführen ist. *

pr. Der Sonnabend-Wochenmarkt erfreute sich lebhaften Verkehrs. Es kostete Butter 2.80-3, Eier pro Mandel 5 und Quark 0.60 pro Pfund. Der Geflügelmarkt brachte Hühner für 4.-7.50, Puten für 1.30-1.50 und Gänse für 1.40 bis 1.50 pro Pfund. Auf dem Gemüsemarkt kostete Weißkohl 0.25-0.30, Rotkohl 0.30-0.35, Mohrrüben 0.20, Rote Rüben 0.20, Zwiebeln 0.30, Sellerie 0.80 pro Pfund und 0.10-0.60 pro Kanne. Auf dem Obstmarkt zahlte man für Äpfel 0.20-0.70 je nach Qualität, getrocknete Pflaumen 0.60 bis 1. Auf dem Fischmarkt gab es wieder sehr viel grüne Heringe für 0.50, Räucherheringe 0.30-0.35 pro Stück. An heimischen Fischen gab es Barsche für 1, Karauschen für 2.70, Kleine Schleie für 2 und Plötz für 0.50-0.70. *

X Die zweite Aufführung von „Der Prozeß Mary Dugan“ am Sonntag stand wiederum auf großer Höhe. Es ist in der Tat schwer fassbar, daß Stücke, wie das vorliegende, von nicht nur psychologischem Wert, sondern auch allgemein menschlicher und kennzeichnender Bedeutung, auf unser Publikum nicht größere Anziehungskraft ausüben. Die lobenswerte Betätigung der Bühnenleitung, in der Auswahl der aufzuführenden Werke sehr sorgfältig zu verfahren, verdient doch gewiß ausgiebige Unterstützung. Wäre es ein Wunder, wenn angesichts derartiger Laune und Interesslosigkeit der Verwaltung der Bühne die Lust genommen wird, weiterhin auf diesem kulturstörenden Gebiet so unermüdlich wie bisher zu schaffen? Hoffen wir aber, daß selbst die weitestgehende Gleichgültigkeit sie in ihrem Streben, gute und bildende Theaterkost zu liefern, nicht erlahmen lassen möge. *

X Als blinder Passagier reiste der wohnungslose, aus Kongresspolen stammende Abram Reinberg mit einem Eisenbahnticket von der Station Zielonowo in der Richtung Graudenz wohlgerüstet ab. In Graudenz wurde er entdeckt und zur Polizei geführt, die dem armen Teufel zunächst Freiquartier gewährte. *

Vereine, Veranstaltungen ic.

In letzter Minute sollte sich jeder eine Karte zum Riederauhend Manfred Lewandowski heute, Mittwoch abend, im Gemeindehaus bauen, wenn er sich nicht eines außergewöhnlichen Kunstgenusses berauben will. (2610*)

Thorn (Toruń).

Auflösung der Thorner Stadtverordneten-Versammlung.

Im „Monitor Polki“ (Nr. 52 vom 4. März 1929) ist eine Verordnung des Ministeriums vom 20. Februar 1929 erschienen, durch welche die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Thorn aufgelöst wird. Die Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Bekanntgabe in Kraft. *

Der Wasserstand der Weichsel betrug Montag früh am Thorner Pegel 1.18 Meter über Normal. In den Eisverhältnissen ist keine Änderung eingetreten. **

Die Temperatur betrug Montag früh in der Innenstadt -4 Grad Celsius. Bereits gegen 10 Uhr erreichte das Dreiflüsse den Nullpunkt und stieg nachher bis auf 3 1/2 Grad Wärme. Der in den Straßen liegenden Schnee wurde recht weich und bildete in den meistbegangenen Straßen nassen schwarzen Schneematsch, der teilweise über die Bordsteine in großen Pfützen stand. — In der Nacht und am Vormittag fiel erneut Schnee, der sich jedoch nur im Freien hielt. — Der Barometerstand von 758 Millimeter läßt auf weitere Erwärmung mit Schnee oder Regenfällen schließen. **

Folgende Fundgegenstände können von rechtmäßigen Eigentümern im Rathaus, Zimmer 18, abgeholt werden: 28 Damenhandtaschen mit und ohne Inhalt, 16 Portemonnaies mit und ohne Geldinhalte, 5 Brieftaschen, 2 Damenschirme, 3 Herren-, 5 Paar Damen- und 1 Paar Kinderhandschuhe, 3 Spazierstöcke, 6 Schlüsselbunde und 60 einzelne Schlüssel, 11 Attentaschen, 71 Kalender, 2 Herrenuhren, 3 Trauringe, 1 Damenring mit einem Brillanten, 2 Gebetbücher, 2 Rosenkränze, 2 Herrenbücher, 3 Mützen, 2 Brillen, 1 Tischtuch, 1 goldene Kette, 1 Waschwanne, 1 Sommermantel, 1 Sögel und 1 Fischchen, Schlosserhandwerkzeug, 70 Kilo Alteisen, Koffer, 2 eiserne Ketten, 1 Meter Leinen, 1 Damenhemd, Bargeld, 1 Stück Satin, 1 Herrenrad, 1 Eiserne Kreuz, Badehosen, 1 Paket mit Inhalt, 1 Damenumhang, 1 Deckel zur Milchkanne und 1 Krawattennadel mit Brillanten. **

Diebstähle. Dem Kaufmann Heinrich Heldt, Segebergerstraße 19, wurde systematisch Leder vom Lager geklopft. Außerdem verschwand ihm Wäsche und ein goldenes

Kettchen. Der Wert der gestohlenen Sachen beträgt etwa 800 Złoty. Es gelang, den Täter zu finden, der von der Polizei festgenommen wurde. — Der Frau Maria Brzeńska, Schulstraße 18 wohnhaft, wurden Kohlen und Kartoffeln im Werte von 16 Złoty gestohlen. Jan Krajewski aus der Brombergerstraße 23 Schreibmaterialien im Werte von 65 Złoty. In beiden Fällen wurde polizeiliche Untersuchung eingeleitet. **

m Dirschau (Tczew), 4. März. Auf der letzten Strafjustiz des hiesigen Bürgergerichtes wurden verurteilt: Boleslaus Nurek, Arbeiter aus Pińsk, wegen Fahrraddiebstahls zu zwei Monaten Gefängnis, Arbeiter Józef Klebowksi aus Pelpin wegen Beamtenbeleidigung zu 80 Złoty Geldstrafe, Klara Baderka aus Dirschau wegen Beleidigung eines Gerichtsvollziehers und Entfernung der gerichtlichen Siegel zu 150 Złoty Geldstrafe. — Tatsächlich entwenden auf dem letzten Wochenmarkt einer Händlerin von hier 200 Złoty und 6 Danziger Gulden. Einer Hausfrau verschwand das Geldtäschchen mit 5 Złoty Inhalt. Einem Eisenbahner wurden 200 Złoty gestohlen. In diesem letzten Falle konnte der Dieb ermittelt werden. — Infolge des eingegangenen Tauwetters sind Wasserrohrbrüche eingetreten, und zwar in der ul. Dworcowa, Kaszubska und Stienkiewica. Die technischen Abteilungen des Wasserwerkes haben eine sehr schwere Arbeit, zumal die Erde über 1 1/2 Meter gefroren, wodurch das Freilegen der beschädigten Stellen sehr beeinträchtigt ist. — Den Bahnhof Dirschau passierte wiederum ein Emigrantentransport von insgesamt 70 Personen.

b Gorzno (Górzno), 3. März. Erst in den letzten Tagen ist man auf den hiesigen Gewässern an den Fischfang mit dem Wintergarn herangegangen. Die Arbeit ist sehr beschwerlich, denn das Eis hat eine Stärke von über einem Meter. Die Erräge der Fischläufe sind bis jetzt gering gewesen. — Am Dienstag, 19. d. M., findet hier ein Karneval statt. — Die staatliche Oberförsterei Ruda veranstaltet am Freitag, 8. d. M., eine Holzversteigerung im Gasthaus Majorkiewicz in Radost (Radostki). Verkauft wird Brennholz sowie eichenes und sieferes Nugholz. Das Holz wird nur gegen sofortige Bezahlung abgegeben.

c Konitz (Chojnice), 5. März. Gestohlen wurden einem Herrn Polom aus Schwonigak in einem hiesigen Geschäft 2500 Złoty. Der Dieb blieb unbekannt. — Am 11. März um 10 Uhr vormittags verkauft die staatliche Oberförsterei Klaipeda im Lokale des Herrn Jazdzewski (Goldener Löwe) hier selbst Brennholz. — Durch Eissprengungen seitens des hiesigen Militärs auf dem Mönchsee entstand unter den hiesigen Bewohnern, die keine Kenntnis von den Sprengungen hatten, unliebsame Beunruhigung. In den am See gelegenen Häusern zerbrachen mehrere Fensterscheiben. — Infolge der Glätte stürzte ein 12jähriges Mädchen in der Nähe des Centralhotels und zog sich bedenkliche Verletzungen zu.

d Ein schwerer Junge ist der Tischler Martin Chrapkowski aus Berent, der bereits mehrmals verstrickt ist. Nun hatte sich Ch. wieder wegen Diebstahls zu verantworten, da er Holz, das ihm im Wege lag, mit nach Hause nahm. Trotzdem der Angeklagte hartnäckig leugnet, verurteilte ihn das Gericht zu einem Jahr Gefängnis. — Vor einigen Tagen brannte dem Besitzer Rink in Abram ein Getreidespeicher nieder, in dem sich 28 Fuhren Getreide befanden. Der angerichtete Schaden, der sich auf circa 4000 Złoty beläuft, ist durch Versicherung gedeckt. — In Kamion wurde ein Mann in dem Augenblick abgeschossen, als er in der Pfarrkirche die Opferstufen bearbeiten wollte. Der Dieb wurde der Polizei übergeben.

e Neustadt (Wejherowo), 2. März. Der Wochenmarkt brachte bei fast frühlingsschönem Wetter regen Verkehr. Sogar Kartoffeln wurden heute auf einigen Schlitten mit 8-10.00 pro Buntner angeboten, aber wenig gekauft, weil befürchtet wurde, angefrorene Ware zu kaufen. Butter wurde bei 2.40-2.80 bald ausverkauft. Eier wurden mit 5.50-6 pro Mandel bezahlt. Die Gemüsepreise waren unverändert. An Fischen gab es nur Käufcherei zu 0.20 und frische Heringe zu 0.60 pro Pfund. Große Büddlinge kosteten 0.25-0.30 pro Stück Sprotten 1.00 pro Pfund. — Der Schweinemarkt war ebenfalls ziemlich belebt. Ferkel wurden mit 20-25 Złoty pro Stück angeboten und auch vielfach gekauft. Größere Tiere von etwa 80-90 Pfund brachten 75 Złoty. — Die staatliche Oberförsterei Gnewau bei Neustadt hält am 12. d. M. im Gasthaus Kaleda in Przecorzyz eine Versteigerung von Nuss- und Brennholz zur Deckung des Lokalsbedarfs ab; Beginn 11 Uhr vormittags.

f Podgora (bei Thorn), 4. März. Das Stadtparlament beschloß, keine Konzesse für gesundheitsschädliche Unternehmungen im Bereich der Stadt zu erteilen, solche dürfen nur in der Nähe des alten Flugplatzes, 800 m von der Chaussee oder an der Weichsel errichtet werden. — Infolge des großen Frostes ist fast das ganze Wasserleitungsnetz eingefroren und muß aus den städtischen Kiosken Wasser geholt werden.

g At. Aus dem Kreise Schweß, 4. März. Der Wojewode macht bekannt, daß das Dorf „Wielki Komorff Kietnowska wies“ in „Wielki Komorff“ und das Dorf „Wielki Komorff Gubrza wies“ in „Komorff“, beide im hiesigen Kreise, umbenannt sind.

h Hochwasserschutzmaßnahmen im Gr. Werder. Obgleich zurzeit kein Grund zu Befürchtungen wegen Hochwasser- und Überschwemmungsgefahr vorliegt, werden doch für alle Fälle im Gr. Werder umfassende Vorsichtsmaßnahmen getroffen. Für die Verteidigung der Weichseldeiche gegen Eisgang und Hochwasser, sowie der Staudeiche der Flussläufe und des Hauses gegen aufkommendes Schwimmmaterial ist die Eis- und Hochwassermachtordnung, verbunden mit der Polizeiverordnung betz, die Nothilfe bei Deichgefährdung in Kraft getreten. Während der Beobachtungsdienst durch unmittelbar vom Marienburger Deichverband — Sitz Tiegenhof — eingesetzte Hilfskräfte durchgeführt wird, legt die an Stelle der Arbeitsdienstpflicht geschaffene Nothilfe nunmehr allen Gemeinden die Pflicht zur unentgeltlichen Gestaltung von Mainnschaften, Pferden und bespannten Wagen nebst Zubehör für die Deichbauarbeiten auf. Die Deichpolizeibehörde hat bereits den Umfang dieser Gestaltungen festgelegt und auf die 152 Gemeinden nach dem Verhältnis der deichpflichtigen Werte verteilt. So kann ein Heer von 2200 Mann und 780 Wagen in kürzester Zeit eingesetzt werden, daß die bedrohten Dämme schützt. Parallel hiermit sind Vorbereitungen im Gange, die sich im Falle der Not mit der Rettung von Menschen und Vieh beschäftigen. Soweit sich die bisherigen Maßnahmen übersehen lassen, ist auch hierin alles getan, um die Bewohner des Werder zu schützen.

i Zwischen Obra und Guteherberge wurde früh kurz vor 6 Uhr von Eisenbahnbeamten

auf dem Bahngleise eine unbekannte männliche Person aufgefunden, die anscheinend von einem Zug übersfahren worden war. Der Verletzte, dem der rechte Arm völlig zerquetscht war, wurde ins Danziger Städtische Krankenhaus gebracht. Da er bewußtlos war und keine Papiere bei sich führte, konnten bisher seine Personalien nicht festgestellt werden. Es handelt sich um einen Mann von etwa 24-25 Jahren, der mit einem brauen Anzug und einem brauen Mantel bekleidet war. Bei ihm wurde ein Maskenkostüm und ein Spazierstock gefunden.

j Kindesleichenfund in der Kirche. Hinter einem Altar der katholischen Herz Jesu-Kirche in Langfuhr fand dieser Tage der Küster ein Paket, in dem sich die Leiche eines Kindes befand. Die polizeilichen Ermittlungen nach der Mutter des Kindes sind im Gange.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einfinders verliehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beilegen. Auf dem Kuvert ist der Bemerk „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

k S. S. 1855. Der Wert der deutschen Mark schwankte im ersten Quartal 1920 zwischen 9 und 12 Złoty; im Januar war der Stand: 9 Mark = 1 Złoty, im Februar war das Verhältnis 11:1, und im März 12:1. Angenommen, daß Geschäft spielt sich im Februar 1920 ab, so hatten die 14 000 deutsche Mark einen Wert von 1272,70 Złoty. (Welcher Summe in polnischer Mark sie entsprechen, ist von nebensächlicher Bedeutung; als Wertmauer gilt hier nur der Złoty.) Die „etwa 1 1/4 Jahr später“ (nehmen wir an: im April 1921) zurückgezahlten 12 000 Mark poln. hatten zu diesem Zeitpunkt (April 1921) nur einen Wert von 85,70 Złoty. Da Sie bei der Rückzahlung es ablehnen, den Ihnen gebotenen Betrag als Ausgleich für das von Ihnen gelebene Geld anzuerkennen, was einem Vorbehalt gleichkommt, find Sie zur Nachforderung berechtigt. Nun fragt es sich zunächst, was Sie gesetzlich zu fordern hätten. Auch wir find der Ansicht, daß ein „wichtiger Grund“ vorliegt, bei der Aufwertung von der Norm abzuweichen und daß Sie nicht 10 Prozent, sondern etwa 25 Prozent zu fordern haben. Das wären 9,78 Złoty. (Die Art der Errichtung der Scheine spielt dabei keine Rolle.) Erhalten haben Sie im April 1921 12 000 Mark poln. = 85,70 Złoty und zu derselben Zeit indirekt 2000 Mark poln. = 14 Złoty, zusammen also 99,70 Złoty, so daß Sie noch 218,90 Złoty zu beantragen haben.

l Weidmannsheil. 1. Im Falle von Arbeitslosigkeit erhält der alleinstehende Versicherte 30 Prozent des Grundgehalts als Beihilfe, der verheiratete 40 Prozent und außerdem für jedes Kind 10 Prozent. Die Beihilfe für die Kinder darf 30 Prozent des Grundgehalts nicht übersteigen. Melden müssen Sie sich bei der Landesversicherungsanstalt und müssen Bescheinigungen bringen über die Dauer Ihrer letzten Beschäftigungszeit und evtl. über Ihre Familienvorhaltnisse. 2. Wenn Sie ohne Jagdherrn betroffen werden, dann sind Sie strafbar und haben selbst für die Strafe aufzukommen.

m A. S. 1. Sie haben etwa 60 Prozent = 3600 Złoty zu zahlen; dazu die nicht verjährten Zinsen zu dem alten Prozentzins. Zinsen verjährn in 4 Jahren, aber die Verjährungsfrist beginnt erst am Schluß des Jahres, in dem die Zinsen fällig waren. 2. Der Überlebende kann das Testament nicht umstoßen; die Bestimmung in dem Testamente will nur besagen, daß der Nachbar nur auf das Antrecht hat, was übrig bleibt.

n Gran A. G. Jacowskiego. 1. Die Aufwertung beträgt 15 Prozent; vorher hat die Umrechnung der Mark in Złoty zu erfolgen, und zwar auf der Grundlage 0,81 Mark = 1 Złoty. 2. Bulätsa sind Zinsen bis 15 Prozent.

Graudenz.

Billiges Fleisch aus Exportschlachtungen!

Bitte auf die Preisliste in unseren Läden Chełmińska 40 und Koszarowa 16 zu achten.

Schönheit u. Jugend erhalten Sie durch: elekt. Gesichtsmassage, elekt. Gesichtsdampfbäder, „Figaro“

Grudziądz, Szewska 14
Damen- und Herren- Friseurialion für individuelle Frisuren.

Suche ein

Pacht-

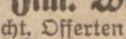
grundstück in Größe von 20 bis 40 Morgen, 3-4000 St. zur Übernahme des Inventars sind vorhanden. Am liebsten Kr. Culm oder Graudenz. Zeitschriften sind zu richten an Friedrich Kling, Błędowo, pow. Chełmno, poczta Gorzuchowo.

45-Zim.-Wohn.

geleucht. Offeren unter „Dol. Ing.“ a. d. Ge. A. Kriede, Grudziądz.

Gemeindehaus!

Am Donnerstag dem 7. März



Wurstessen.

Es lädt herzlich ein

Hugo Frits.

Sonntag, den 10. März 1929 nachmittags 3 Uhr im Gemeindehause Fremden- u. Volksvorstellung

„Der Prozeß Mary Dugan“

Ein Stück in 3 Akten von Bayard Beiller

Regie: Dr. Koziakian.

Eintrittskarten im Geschäftszimmer Mickiewicza 15.

Die Kommunisten gegen den Litwinow-Pakt.

Warschau, 4. März. Am Freitag beschäftigte sich der Sejm u. a. auch mit dem Gesetzentwurf, durch den das Zusatzprotokoll zum Kellogg-Pakt, das in Moskau durch Polen, die Sowjetunion, Rumänien, Lettland und Estland unterzeichnet wurde, ratifiziert werden soll. In der Aussprache ergriß lediglich der kommunistische Abg. Sypula das Wort, der den Antrag stellte, das Projekt abzulehnen und den Litwinow-Pakt nicht zu ratifizieren. Den Antrag begründete der Redner damit, daß sämtliche imperialistischen Staaten rüsteten, während die Sowjetunion sämtliche internationalen Pakte über die Einführung des internationalen Friedens und den Verzicht auf Kriege unterzeichnete. Polen habe das Protokoll erst dann unterzeichnet, als auch Rumänien, Lettland und Estland dem Pakt beigetreten waren. Polen sei also von diesen Staaten abhängig. Mit Rücksicht darauf wollten die Kommunisten das Litwinow-Protokoll nicht ratifizieren.

Die Darlegungen Sypulas lösten allgemeine Heiterkeit aus, kann man hielt es nicht für möglich, daß sich die Kommunisten der Ratifizierung eines internationalen Aktes widersezen könnten, dessen Initiatoren die Sowjets sind. Das Projekt wurde ohne weitere Diskussion der Außenkommission überwiesen.

Nobile ist verantwortlich.

Die Entscheidung der Untersuchungskommission.

Rom, 4. März. (Eigene Drahtmeldung.) Die Kommission, welche die Ursachen der "Italia"-Katastrophe zu untersuchen hatte, hat am gestrigen Tage einen zusammenfassenden Bericht veröffentlicht. Die Kommission macht den General Nobile für die Katastrophe verantwortlich und stellt gleichzeitig fest, daß General Nobile als Kommandant der Expedition nicht als erster das rote Zelt hätte verlassen dürfen. Die Tat der beiden Offiziere Mariano und Barbi, die zusammen mit Malmgren die Eisscholle verlassen hatten, um das Land zu erreichen und Hilfe heranzuholen, bezeichnet die Kommission für richtig und rühmenswert.

Explosionskatastrophe in Sofia.

Zahlreiche Todesopfer.

Sofia, 4. März. Heute ereignete sich knapp vor 12 Uhr mittags im Militärarsenal eine schwere Explosion in einem Raum, in dem Signalraketen hergestellt werden. Ein Arbeiter kam mit einer Menge Pulver dem Ofen zu nahe. Plötzlich fing die Pulvermischung Feuer, das sich sofort auf die feuergefährlichen Lagerbestände im Raum ausdehnte und auch auf die im Neberraum lagernden Raketen übergriff. Durch die gewaltige Explosion wurde eine Manz und das Dach des Gebäudes niedergeissen. In wenigen Minuten stand das ganze Gebäude in Flammen. Die Offiziere und Mannschaften, die zur Rettung herbeieilten, fanden den Weg in die Gebäude bereits von Flammen versperrt. Jedoch gelang es ihnen, indem sie die eisernen Fenstergitter ausbrachen, durch die Fenster zwölf Personen zu retten. Die Feuerwehr, die sofort herbeigerufen wurde, holte 28 verkohlte Leichen hervor, größtenteils Frauen. Es wird angenommen, daß die Zahl der Todesopfer deshalb so groß ist, weil sich bei Beginn des Brandes sofort Siedegebilde bildeten. Die meisten Opfer dürften zuerst erstickt und dann verbrannt sein. Auch der schuldtragende Arbeiter befindet sich unter den Toten.

Landwirtschaft und Handelsbilanz.

Eine Stellungnahme des Vizepräsidenten der Bank Polski Mlynarski.

Nach Ansicht des Vizepräsidenten der Bank Polski, Mlynarski, (Die Rolle der Landwirtschaft in der Handelsbilanz, "Rolnictwo", Band 1, Seite 40), wird das Gleichgewicht der Handelsbilanz so lange den Träumen eines abgeschlagenen Hauptes ähnlich scheinen, so lange wir die Anomalien nicht anerkennen werden, daß die Spannung der Landwirtschaft bei der Ausfuhr bedeutend niedriger ist, als ihre Spannung bei der Einfuhr.

Den Beweis dafür führt Vizepräsident Mlynarski durch eine Analyse der Handelsbilanz für das abgelaufene Landwirtschaftsjahr, d. h. vom 1. August 1927 bis zum 31. Juli 1928. Die Globalziffern der Bilanz für dieses Jahr weisen aus: in der Einfuhr 2 299 752 000 Zloty, in der Ausfuhr 2 499 000 000 Zloty, somit ein Defizitsaldo von 800 692 000 Zloty. Um festzustellen, in welchem Grade die Landwirtschaft für dieses Defizit verantwortlich gemacht werden kann, teilt Mlynarski den ganzen Warenumfang mit dem Auslande in vier Gruppen, und zwar:

Die Landwirtschaft in der weitesten Bedeutung dieses Wortes, d. h. einschließlich der landwirtschaftlichen Industrie, die auf landwirtschaftlichen Rohwaren, die im Ausland produziert werden, basiert,

Bergbau,

Industrie und gemischte Waren, die zum großen Teile die Kolonialwaren und andere im Lande nicht erzeugten Konsumwaren, das Asphalt, Steine, Sammelwaren und edle Materialien und dergleichen umfassen.

Bei Überprüfung dieser Einteilung würde sich die Tabelle der Umsätze im Wirtschaftsjahre 1927/28 folgendermaßen darstellen:

In Tausenden Zloty:

1. Landwirtschaft:	
Einfuhr	717 105
Ausfuhr	1 545 401
Aktivsaldo plus	828 296
2. Bergbau:	
Einfuhr	36 603
Ausfuhr	612 767
Aktivsaldo plus	576 164
3. Industrie:	
Einfuhr	2 120 279
Ausfuhr	388 081
Basissaldo minus	1 797 198
Gemischte Waren:	
Einfuhr	415 765
Ausfuhr	7 811
Basissaldo minus	407 954

Aus dieser Zusammenstellung geht hervor, daß das Defizitsaldo in der Gruppe 3 und 4 nach Abzug des Aktivsaldo der Gruppe 2 noch die bedeutende Summe von 1 628 988 000 Zloty ausmacht, und nachdem diese große Summe in den Gruppen 2, 3 und 4 das Aktivsaldo sich nur um den Betrag von 828 296 000 Zloty vermindert, hat die Globalziffer des Defizites die beunruhigend hohe Summe von 800 692 000 Zloty ausgemacht. Herr Mlynarski betont die auffallende Tatsache, daß die Einfuhr in den Gruppen 2, 3 und 4, somit die nichtlandwirtschaftliche Einfuhr durch die nichtlandwirtschaftliche Ausfuhr nur mit 26,9 Prozent gedeckt werden ist, somit in einem Verhältnisse, das dem Verhältnisse der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerungszahl entspricht. Daraus kann man den Schluss ziehen, daß der restliche Überschuss der

Einfuhr durch die landwirtschaftliche Ausfuhr gedeckt werden müßte, wenn die Beteiligung der Landwirtschaft an der Struktur der Bevölkerung und des Konsums beiläufig doppelt so viel ausmacht, als die der nicht landwirtschaftlichen Bevölkerung.

Das Gefamdefizit in der Gruppe "Industrie" und in der Gruppe "gemischte Waren" wurde im abgelaufenen Wirtschaftsjahr durch das Aktivsaldo des Bergbaus zu 26,1 Prozent gedeckt und durch das Aktivsaldo der Landwirtschaft zu 37,6 Prozent. Wenn das Aktivsaldo der Landwirtschaft nicht 37,6 Prozent, sondern so viel, wie die annähernde Beteiligung der Landwirtschaft an der Struktur der Bevölkerung und der Struktur des Konsums beträgt, d. i. beiläufig 70 Prozent, betragen würde, so würde einschließlich der 26,1 Prozent des Aktivsaldo des Bergbaus das Gleiche gewicht der Handelsbilanz fast gedeckt sein.

Aus diesen Schlussfolgerungen zieht Mlynarski den Schluss, daß die Durchführung der Sanierung der Handelsbilanz vor allem von einer derartigen Herabsetzung der landwirtschaftlichen Produktion und der landwirtschaftlichen Industrie abhängig sei, daß das Aktivsaldo in diesen Zweigen zumindest das Niveau erlangen müßte, das der Rolle der Landwirtschaft als Konsument entspricht. Mlynarski scheut sich auch nicht, die Sache bei dem richtigen Namen zu nennen und festzustellen, daß "die Landwirtschaft die erste, bevorzugte Stellung in der Wirtschaftspolitik" einnehmen sollte.

In konsequenter Verfolgung dieses Standpunktes muß die Landwirtschaft den Vorzug beim Disponieren über die kargen Vorräte an Investitionskapitalen haben. Auch der Zufluß des ausländischen Kapitals müßte nach Möglichkeit der Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Industrie zugute werden. Desto eindrücklicher müßte man um die gleichberechtigte Behandlung der Landwirtschaft, der landwirtschaftlichen Industrie und der nichtlandwirtschaftlichen Industrie bei Anwendung der Zollermäßigungen, des Zollschlusses, der Tarifnachlässe und der Steuernachlässe bemüht sein.

Mlynarski erkennt vollständig die Notwendigkeit des staatlichen Schutzes für die weitere Entwicklung der Industrie an, steht aber auf dem unbedingten Standpunkt der Bevorzugung der Landwirtschaft bei der Aktion der Sanierung unserer Handelsbilanz. Die Landwirtschaft ist und wird auch der Hauptabnehmer der Produkte unserer Industrie bleiben und nur die Landwirtschaft vermag die Skala der Ausfuhr so zu erhöhen, daß durch diese Ausfuhr das Gleichgewicht gegenüber dem Importe der Rohwaren, Maschinen und anderer Produktionsmittel hergestellt wird, da unsere Industrie der Einfuhr in weit höherem Maße bedarf, als sie selbst durch ihre Ausfuhr eigener Fabrikate zu decken vermag. Jeder Sanierungsplan für unsere Handelsbilanz muß sich, wenn er bei der Realisierung auch von Erfolg begleitet werden soll, vor allem als Hauptprinzip die Bevorzugung der Landwirtschaft stellen. Die gleichzeitige Aktion auf dem Gebiete der Industrie müßte erst von der Aktion für die Landwirtschaft abgeleitet werden; sie müßte somit nur den Charakter einer Hilfs- und ergänzenden Aktion haben.

Wirtschaftliche Rundschau.

Neue Zollabstufung beim Schweineimport in Österreich.

Bei dem Import von lebenden Schweinen aus europäischen Ländern nach Österreich wurde bis vor kurzem eine fünfprozentige Zollermäßigung angewandt, die auf Grund von Bemühungen des Verbandes der österreichischen Viehhändler bereits im Jahre 1924 von dem Finanzminister bewilligt worden war. Die Beratung zu dieser Maßnahme war die Erwägung, daß die Zollabfertigung für lebende Schweine erst im Augenblick des Verkaufs auf dem Wiener Viehmarkt in St. Marx vorgenommen wurde, und nicht in dem Augenblick, wo der Viehtransport die Grenze passierte. Infolgedessen war die Grundlage für die Zollabfertigung ein Gemisch, das durch die sorgfältige Pflege vor dem Verkauf der Tiere nicht unerheblich über dem tatsächlichen Gewicht bei Überschreitung der Grenze lag. Nach Inkrafttreten der neuen österreichischen Zollsätze für Schweine auf Grund eines Vertrages mit Jugoslawien, die ab 10. Januar d. J. Gültigkeit haben, ist jedoch eine Änderung in der Handhabung der oben erwähnten Verordnung erfolgt. Diese Veränderung besteht darin, daß der fünfprozentige Zollnachlag nur bei den Tieren unter 116 kg. angebracht wird, während früher die Grenze 110 kg. waren. Der Zweck dieser Maßnahme besteht darin, dem vorzubehagen, daß Tiere im Gewicht von 110 bis 115½ kg. die im Augenblick der Grenzüberschreitung nur 110 kg. wogen, nicht als Fettswine behandelt werden. Denn Fettswine sind in Österreich vom Einfuhrzoll befreit.

An praktischen Beispiele erläutert, stellt sich die Berechnung des für die Verzollung maßgebenden Gewichtes also wie folgt dar:

1. Fall: Lebendgewicht am Tage des Verkaufs 116 kg., 5 Prozent Gutschrift = 5,80 kg., zu verzollendes Gewicht also 110,20 kg.

Im ersten Falle wird das Stück als Fettswine gerechnet, da es 116 kg. erreicht hat, und ist also zollfrei. Denn faktisch hat es beim Transport über die Grenze mindestens 110 kg. gewogen. Im zweiten Falle hingegen muß ein Zoll von 18 Goldmarken je 100 kg. gezahlt werden, da das Schwein beim Transport über die Grenze nicht 110 kg. wagte.

Diese Verordnung bringt einerseits durch den Abzug der 5 Prozent in den Fällen, in denen das Schwein in St. Marx zwischen 110 und 116 kg. wiegt, einen Verlust für die polnischen Exporteure mit sich. Andererseits aber werden sie dadurch veranlaßt, möglichst auch einen gewissen Prozentsatz von Fettswinen mit beladen. Denn die Kalkulation ergibt, daß, wenn in einem Wagon mit lebenden Schweinen nur drei Fettswine mit verladen werden, diese Stücke vollständig den durch Abzug der 5 Prozent erzielten Schaden wieder gut machen.

Neues Lieferungsabkommen auf 10 000 Schweine wöchentlich.

Myslowitz, 5. März. Wie der Korrespondent des "Illustrations Kurier Codzenny" erfährt, hat sich eine riesige Händlergruppe mit Abnehmern von Vorsteinkohle aus Frankreich, der Schweiz und Italien in direkte Verbindung gesetzt, um neue Auslands Märkte zu gewinnen. Nach langen Verhandlungen hat sie ein mehrjähriges Abkommen abgeschlossen, auf Grund dessen sie 10 000 Stück lebender Schweine wöchentlich nach Österreich liefern soll, von wo die Ware dann weiter verschickt wird. Man rechnet damit, daß die österreichische Regierung den Transit gestatten wird, um so mehr, als sie sich mit einem Transit von 2000 Stück wöchentlich bereits einverstanden erklärt hat.

Altienmarkt.

Pozener Börse vom 4. März. Fest verbindliche Werte: Notierungen in Prozent: 100% Konvertierungsaufsicht (100 Zloty) 65,50 G. 4proz. Dollarbriefe der Pozener Börse (1 D. 98,00 G. 4proz. Konvertierungsaufsicht) 114,00 G. Tendenz: ruhig. — In Industrieaufsichten: Bank Zw. Sp. Bar. 85,00 G. Goplana 15,00 G. Herzfeld-Viktoria 45,00 G. Tendenz: ruhig. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umlauf).

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Befreiung im "Monitor Poloni" für den 5. März auf 5,9244 Zloty festgestellt.

Der Zloty am 4. März. Danzig: Überweitung 57,78 bis 57,87, bar 57,76–57,90. Berlin: Überweitung. Warichau 47,10–47,30. Katowitz 47,15–47,35. Polen 47,15–47,35, bar gr. 46,975–47,375. H. 46,90–47,30. Südtirol: Überweitung 58,35. London: Überweitung 43,28. New York: Überweitung 11,25. Budapest: Überweitung 18,62. Budapest: bar 64,10–64,40. Prag: Überweitung 378,50. Mailand: Überweitung 214,60. Transito 125,36–125,34. Italien: —.

Amtliche Devisen-Notierungen der Danziger Börse vom 4. März. In Danziger Gulden wurden notiert: Devisen: London 25,01 Gd. 1 Br. New York: — Gd. — Br. Berlin: — Gd. — Br. Warschau 57,76 Gd. 57,90 Br. Noten: London: — Gd. — Br. Berlin 122,187 Gd. 122,93 Br. New York: — Gd. — Br. Zürich 99,03 Gd. 99,29 Br. Warschau 57,73 Gd. 57,87 Br.

Berliner Devisenkurse.

Offizielle Notierung	Für drahtlose Ausgaben in deutscher Mark	In Reichsmark		In Reichsmark 2. März Geld Brief
		4. März Geld	4. März Brief	
Buenos-Aires 1 Br.	1.770	1.774	1.770	1.774
Kanada 1 Dollar	4.188	4.136	4.188	4.196
Spanien 1 Peso	1.573	1.533	1.588	1.592
Rairo 1 £. Bid.	20,35	20,99	20,95	20,99
Ronstantin 1 troy. Tsd.	2.071	2.075	2.070	2.070
London 1 Pf. Ster.	20,42	20,467	20,429	20,463
Newyork 1 Dollar	4.2103	4.2181	4.2100	4.2181
Rio de Janeiro 1 Milre	0,500	0,502	0,503	0,501
Uruquai 1 Goldpf.	4.295	4.344	4.296	4.304
Amsterdam 100 Fr.	188,7	183,91	188,57	188,1
Wien 5,44	5,45	5,44	5,45	5,45
Brüssel-Ant. 100 Fr.	58,44	58,56	58,47	58,59
Danzia 100 Guld.	81,66	81,82	81,66	81,82
Helsingfors 100 Kr. M.	10,589	10,609	10,583	10,609
Italien 100 Lira	7,39	7,403	7,390	7,404
Jugoslavien 100 Din.	112,22	112,44	112,22	112,44
Kopenhagen 100 Kr.	18,61	18,65	18,58	18,62
Lissabon 100 Esc.	112,22	112,44	112,25	112,47
Paris 100 Fr.	16,44	16,48	16,44	16,48
Prag 100				

Bromberg, Mittwoch den 6. März 1929.

Deutscher Entwurf eines Gesetzes für das deutsche Schulwesen in Polen.

Am Freitag, dem 1. März, hat der Deutsche Parlamentarische Club den Entwurf eines Gesetzes für das deutsche Schulwesen in Polen unter nachstehender Begründung eingereicht:

Die in den verschiedenen Teilgebieten Polens für die deutsche Minderheit bestehenden Schulen haben ihre rechtliche Grundlage teilweise in Gesetzen und Verordnungen aus der Vorkriegszeit, teils in solchen aus der Übergangszeit, die dementsprechend auch nur einstweiligen Charakter tragen und in keiner Weise den Anforderungen der heutigen Zeit entsprechen. Sowohl der Artikel 109 der Verfassung vom 17. März 1921, wie auch der Artikel 18 des Gesetzes vom 17. Februar 1922 über die Begründung und Unterhaltung von öffentlichen Volkschulen sehen vor, daß das Schulwesen für die völkischen Minderheiten in besonderen Gesetzen geregelt wird. Bissher fehlt es an einer einheitlichen Gesetzgebung für das deutsche Schulwesen, die den Grundsätzen der Verfassung gerecht würde, in denen die deutschstämmige Bevölkerung in Polen die freie Entwicklung ihrer völkischen Eigenart und die Pflege ihrer Sprache gewährleistet wird, und ebenso wenig gibt es feste Bestimmungen für die Begründung und Unterhaltung deutscher Schulen, sowie für das Aufsichtsrecht der beteiligten Elternkreise. Dieses Vakuum hindert die Entwicklung des deutschen Schulwesens und läßt die Beschwerden und Klagen der betroffenen Bevölkerung nicht zum Schweigen kommen. So manches mal sind diese Klagen sogar über die Grenzen des Staates hinausgetragen worden, und jede solche Klageführung ist der Herstellung guter und freundlicher Beziehungen zwischen den beiden beteiligten Völkern hinderlich geworden. Der Deutsche Parlamentarische Club möchte von neuem einen Versuch machen, zum Besten des Ganzen der ruhigen aufbauenden Zusammenarbeit aller Staatsbürger die Wege zu ebnen und die gegenwärtig bestehenden Reibungen auszuschalten. Das aber wird sich nur dann erreichen lassen,

wenn das Deutschtum sein Schulwesen in die eigene Hand bekommt,

nach dem Muster der Entwicklung in Estland, Lettland und in anderen Staaten. Nur so wird ein für allmal der gegenwärtige Zustand der Unzufriedenheit, der Verbitterung und des Kampfes beseitigt, der sich ebenso für die deutsche Bevölkerung wie für den Staat als schädlich erwiesen hat. Wir haben verucht, eine Lösung zu finden, die in gleicher Weise den Grundsätzen der Verfassung wie der Forderung der deutschen Bevölkerung gerecht wird, ihre Sprache und ihre völkische Eigenart zu pflegen bei voller Wahrung der staatsbürgerschen Geschlossenheit und Interessenverbundenheit. In Übereinstimmung mit den wiederholten Beschlüssen und Beschlüsse der europäischen Minderheitenkongresse und aus eigener Erfahrung heraus hat der Deutsche Parlamentarische Club unter Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse ein Gesetzesprojekt für das deutsche Schulwesen ausgearbeitet, das beiden Seiten gerecht zu werden sucht.

Der Entwurf hat folgenden Wortlaut:

**Gesetz
über die Organisation des Schulwesens
der deutschen Minderheit in Polen.**

Art. 1.

Den polnischen Bürgern deutschen Volksstums wird die volle und freie Entwicklung ihrer völkischen Eigenart gewährleistet.

Art. 2.

Die deutsche Minderheit hat das Recht, zu dem in Art. 1 genannten Zwecke einen Kulturverband öffentlich-rechtlichen Charakters zu bilden.

Art. 3.

Zur deutschen Minderheit gehört, wer sich zu ihr bekennt. Das Bekennnis wird durch Beitritt zum Kulturverband (Art. 2) oder durch Anmeldung eines Kindes zur deutschen Schule ausgedrückt. Das Bekennnis darf nicht abgeprüft oder bestritten werden.

Art. 4.

Die Gründung des deutschen Kulturverbandes (Art. 2) gilt als vollzogen, wenn der Regierung zu Händen des Unterrichtsministers von mindestens 3000 wahlberechtigten polnischen Bürgern deutschen Volksstums ein entsprechender Antrag durch ihre Volksvertreter oder kulturellen Organisationen unterbreitet wird.

Art. 5.

Gleichzeitig mit der Einbringung des in Art. 4 genannten Antrages schlagen die Antragsteller den Vorsitzenden und drei Kandidaten als provisorischen Vorstand des Kulturverbandes der Regierung zur Bestätigung vor.

Im Verlaufe von zwei Wochen vom Tage der Stellung des Antrages ab hat die Regierung die Gründung des Kulturverbandes und des vorgeschlagenen Vorstandes zu bestätigen und letzteren durch einen vom Obersten Gericht vorzuschlagenden Richter zu ergänzen.

Diese Bestätigungen sind im Gesetzesblatt zu veröffentlichen.

Art. 6.

Der provvisorische Vorstand (Art. 5) hat zur Aufgabe, im Einvernehmen mit der Regierung im Laufe von sechs Monaten vom Tage der Bestätigung ab gerechnet eine Wahlordnung für den Kulturrat des Verbandes auszuarbeiten und auf Grund dieser die Wahlen auszuschreiben und durchzuführen. Die Wahlordnung, sowie den Wahlkalender gibt die Regierung im Gesetzesblatt bekannt.

Art. 7.

Die Anzahl der Mitglieder (des Kulturrats) wird auf Antrag des provisorischen Vorstandes (Art. 5) von der Regierung festgesetzt, doch darf sie nicht kleiner als 60 und nicht größer als 100 sein.

Sie werden auf Grund des allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Verhältniswahlsystems auf 5 Jahre gewählt.

Art. 8.

Alle mit der Aufstellung der Wählerlisten und der Durchführung der ersten Wahlen zum Kulturrat entstehenden Kosten trägt der Staat.

Art. 9.

Die erste Sitzung des Kulturrates wird von dem Vorsitzenden des provisorischen Vorstandes (Art. 5) einberufen, eröffnet und bis zur Wahl des Präsidiums geleitet.

Das Präsidium des Kulturrates besteht: 1. aus dem Vorsitzenden und zwei Stellvertretern und 2. aus vier Beisitzern.

Art. 10.

Der Kulturrat gibt sich die Geschäftsordnung, wählt die aus fünf Personen bestehende Zentralverwaltung des Verbandes, bestimmt ihren Haupthaus und schafft sich die weiteren geeigneten Organe zur Verwaltung seiner sämtlichen Einrichtungen (Art. 11 und 13).

Art. 11.

Der Kulturrat schafft Organe eigener Finanzverwaltung mit dem Recht, die Mitglieder des Kulturverbandes nach eigenen Grundsätzen zu Abgaben heranzuziehen.

Art. 12.

Der deutsche Kulturverband wird rechtlicher Träger der eigenen Kulturerneinrichtungen der deutschen Minderheit in Polen, insbesondere ihres Schulwesens.

Art. 13.

Der deutsche Kulturverband hat das Recht, Kindergärten und Schulen jeder Art für die deutsche Bevölkerung zu gründen, zu leiten und zu beaufsichtigen.

Eine Prüfung des Bedürfnisses findet nicht statt.

Art. 14.

Bezüglich aller Einrichtungen des Kulturverbandes (Art. 11 und 13) steht dem Staat das Recht der Beaufsichtigung und Kontrolle zu.

Art. 15.

Der Staat übernimmt für die Volkschulen des Kulturverbandes die gesamten Personalkosten, sowie die Aufwendungen für Unterrichts- und Lehrmittel, Büchereien und Drucksachen, wenn 40 Kinder so zu einer Klasse vereinigt werden können, daß der regelmäßige Schulbesuch, unbeschadet des Schulweges, gewahrt ist. Er übernimmt die Hälfte der Kosten, wenn mehr als 20, aber weniger als 40 Kinder vereinigt werden. Er sichert dem Kulturverband die Überrechnung oder Mitbenutzung eines berechtigten Anteiles an dem Schulvermögen und den Schuleinrichtungen.

Art. 16.

Die Selbstverwaltungskörper vertragen zu den Kosten der fachlichen Erfordernisse für die Schulen des deutschen Kulturverbandes bei, und zwar im Verhältnis, das dem der deutschen Bevölkerung zur Gesamtbevölkerung der betreffenden Gemeinde entspricht.

Art. 17.

Der Staat gewährt dem Kulturverband für die Unterhaltung von Mittelschulen, Fachschulen, Fortbildungsschulen und Lehrerbildungsanstalten Zusätze in dem Umfang, wie er sie für den Kopf eines Schülers polnischer Nationalität gewährt.

Art. 18.

Alle Schulen des Kulturverbandes werden den öffentlichen Schulen nach ihren Rechten gleichgestellt.

Art. 19.

Die Schüler aller Schulen des Kulturverbandes genießen dieselben Rechte, wie die Schüler gleichartiger Staatsanstalten.

Art. 20.

In einer Schule des Kulturverbandes darf nur unterrichten, wer sich zur deutschen Minderheit bekennen. Es ist auch deutschstämmigen Bürgern anderer Staaten, die dort eine Lehrbefähigung erworben haben, gestattet, an den Bandsschulen zu unterrichten.

Art. 21.

Dem Kulturverbande und den von ihm bestimmten Organen obliegen die Berufung, Disziplinierung und die Verschaltung der Lehrer in den Ruhestand. Die Berufung der Lehrer unterliegt der Bestätigung durch die staatlichen Schulbehörden. Die Bestätigung darf nur dann verweigert oder eine bereits erstellte Bestätigung nur dann zurückgezogen werden, wenn dafür konkrete Gründe der moralischen Natur angeführt werden können oder nachgewiesen wird, daß der Lehrer sich eine staatsfeindliche Handlung hat zuschulden kommen lassen. Vor Berufung bzw. Entziehung der Bestätigung sind die Gründe der den Lehrer beruhenden Organisation zur gesetzlichen Auflösung zu zuladen.

Art. 22.

Die Lehrer der Bandsschulen jeder Art genießen dieselben Rechte, wie die Lehrer an gleichartigen Staatschulen. Ihre Ruhegehalts- und Hinterblebenversicherung übernimmt der Staat auf Grund des für die Staatsbeamten geltenden Pensionsgesetzes.

Art. 23.

Die Lehrpläne sämtlicher Schulen des Verbandes, in denen sich die kulturellen Bedürfnisse der deutschen Minderheit mit den berechtigten Forderungen des Staates zu eigenen Unterrichtsplänen vereinigen müssen, werden durch die Zentralverwaltung des Deutschen Kulturverbandes im Einvernehmen mit der staatlichen Schulbehörde ausgearbeitet.

Art. 24.

Die Unterrichtssprache in sämtlichen Schulen des deutschen Kulturverbandes ist die deutsche. Der Unterricht in der polnischen Sprache ist in dem nach den Lehrplänen vorgeschriebenen Umfang (Art. 23) obligatorisch und beginnt mit dem zweiten Schuljahr.

Art. 25.

Die Art und die Bedingungen der Übernahme der bestehenden staatlichen und privaten Schulen mit deutscher Unterrichtssprache durch den deutschen Kulturverband, sowie alle notwendigen Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz werden durch Verständigung zwischen der Zentralverwaltung des Kulturverbandes und der mak-

geblichen staatlichen Behörde spätestens im Laufe von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes festgesetzt und bekanntgegeben.

Art. 26.

Die Übernahme der in Art. 25 genannten Schulen durch den deutschen Kulturverband erfolgt am Anfang des Schuljahrs, das auf die Bekanntgabe der Ausführungsbestimmungen (Art. 25) folgt.

Art. 27.

Das Gesetz tritt mit dem Tage seiner Veröffentlichung in Kraft.

Art. 28.

Die Ausführung dieses Gesetzes wird dem Kultuminister und den zuständigen Ressortministern übertragen.

Jahreshauptversammlung des Verbandes für Handel und Gewerbe, Posen.

Am vergangenen Sonntag hielt der Verband für Handel und Gewerbe in Posen seine dritte Mitgliederversammlung ab, die insgesamt von etwa 180 Personen besucht war. In seiner Eröffnungsansprache begrüßte der Verbandsvorsitzende Dr. Scholz zunächst die eingetroffenen Gäste und wies dann auf die günstige Entwicklung des Verbandes in den drei Jahren seines Bestehens hin, der bereits 45 Ortsgruppen mit 2100 Mitgliedern zähle. Er setzte sich dann besonders für einen weiteren Ausbau der Berufsausbildung in Handel und Gewerbe ein und streifte die Notwendigkeit eines Handelsvertrages mit Deutschland.

Nach ihm ergriff Sejmabgeordneter von Saenger-Lukowo das Wort zu einem Vortrag über wirtschaftliche Fragen. In seinen Ausführungen gab er zunächst einen Überblick über die gesamte Weltwirtschaft und ging dann näher auf die wirtschaftliche Lage Polens ein. Er stellte fest, daß die wirtschaftliche Entwicklung Polens in vergangenen Jahren enttäuscht habe und die Produktion auf vielen Gebieten noch nicht einmal den Vorkriegsstand erreicht habe. Ein durchaus gutes Bild hingegen biete die ausgesuchte Ernte des Vorjahrs, die sogar eine große Menge Getreide zum Export übrig gelassen hat. Eine schwere Belastung sei das Fehlen eines Handelsvertrages mit Deutschland wie auch mit Russland. Weitere betrübende Momente seien das völlige Fehlen langfristiger Kredite, diestände auf dem Markt für kurzfristige Kredite mit ihren ungemeinen Zinsforderungen und die Einführung der wirtschaftlichen Verhältnisse durch die Steuerbehörden und andere Ämter. Hinsichtlich des Cattismus könne man nur hoffen, daß es sich dabei um eine aus der Not der Zeit herausgehorende Maßnahme handelt, die schließlich bestätigt werden muß. Wenn Polen keine Hilfe bekommen, so dürfte daran wohl nicht zuletzt die böse Agrargesetzgebung und die immer noch nicht erfolgte wirtschaftliche Konsolidierung Schuld sein. Die an einigen Stellen des Wirtschaftslebens hervortretende Besserung habe leider zu einem ungesunden Optimismus geführt, vor dem nur gewarnt werden kann. Eine Besserung der Wirtschaftslage erhofft der Redner von der Stärkung des Kreditwesens. Steigerung der Sparanlagen, Einführung von Einkaufs- und Absatz-Organisationen, engen Zusammensetzung der Stände untereinander und eine Einschränkung im Lebenshaushalt des einzelnen.

Der nun folgende zweite Vortrag des S. Lukus Dr. Heidrich vom Deutschen Wirtschaftsbund für Polen in Breslau behandelte den deutsch-polnischen Wirtschaftsverkehr und die Möglichkeiten seiner Ausgestaltung. Der Redner ging hier im einzelnen darauf ein, wie günstige Folgen der Abschluß eines deutsch-polnischen Vertrages auf das gesamte Wirtschaftsleben Polens, besonders aber die Ausgestaltung des deutsch-polnischen Handels, haben würde.

Dass die beiden benachbarten Länder auf einander angewiesen seien, sei nicht zu bestreiten. Die Voraussetzungen für den gegenseitigen Gütertausch seien gegeben. Der Agrarstaat Polen brauche die industriellen Produkte Deutschlands. Die wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder sind zweifellos ausbaufähig, aber die erste Vorbereitung ist der Abschluß eines Handelsvertrages. Die Abschlüsse gegenwärtiger Kreditgewährung fehlen wegen mangelnder Sicherstellung. Auf polnischer Seite werden von einem Handelsvertrag Landwirtschaft und Bergbau ihre Vorteile haben; die Kaufkraft wird zunehmen. Ein größerer Zufluss ausländischen Kapitals wird die Folge sein, damit wird die gegenwärtige Kreditknappheit schwanden. Ein Auf- und Ausbau der Industrie Polens wird sich ermöglichen lassen. Das umschließt neue Anregungen für den Gütertausch. Eine Neuerung der polnischen Handelschaft durch die Errichtung der Exportorganisation wird die Möglichkeit bieten, den unfauleren Zwischenhandel auszuhalten. Es sieht sich die wechselseitige Zulassung der Vertreter beider Länder an ihren Börsen, die Herstellung besserer Zugverbindungen, gegenseitiger Postdienstverkehr ermöglichen. Schließlich würde ein Austausch kultureller Beziehungen die erfreuliche Folge eines Handelsvertrages sein.

Es folgte dann der Geschäftsrat für 1928, erstattet vom Hauptgeschäftsführer Wagner. An Hand von Zahlen erläuterte er den bereits eingangs erwähnten Fortschritt des Verbandes. Von den 2100 Mitgliedern sind 42 Prozent Handwerker, 34 Prozent Kaufleute, 9 Prozent Industrielle, 7 Prozent freie Berufe, 6 Prozent Angestellte und 2 Prozent Geistliche und Lehrer. Das Hauptunternehmen des Verbandes sei daher dem Handwerk zu gestimmt. Hauptgeschäftsführer Wagner ging dann im Einzelnen auf die Tätigkeit in den Ortsgruppen ein und behandelt auch die von den einzelnen Ressorts des Verbandes geleistete Arbeit, die ein recht erfreuliches Bild ergibt. Zusammenfassend faßt mit Besiedigung auf die im Jahre 1928 geleistete Arbeit zurückgeblickt werden. Mit einer kurzen Übersicht der für das neue Jahr in Aussicht genommenen Verbandsarbeit wurde der Bericht geschlossen.

„MIXIN“
ist das beste u. billigste
SEIFENPULVER

Stellengesuche

Landw. Beamte

31 Jahre, ledig, deutsch und polnisch beherrschend, energisch u. zuverlässig, 8 Jahre Praxis, firm in ländl. landw. Arbeiten, sowie auch Büroarbeiten, sucht, gefüllt auf gute Zeug., Dauerstellung vom 15. 3. oder 1. 4. als alleiniger

Jeld-Beamter oder Rechnungsführer

Gefl. Offert. unter C. 3133 an d. Geicht. d. 3.

Suche für meine 21-jähr. Tochter Aufnahme in größeren Guts- oder Stadthaushalt als

Haustochter

sweds Erweiterung praktischer Kenntnisse ab 1. oder 15. April.

Gutsbet. Fürnrohr, Winiary-Gniezno.

Oberinspектор

ev., verheiratet, 41 J. alt, 28 Jahre auf groß. Gütern tätig, in ungestört. Stellung, sucht zum 1. 7. bzw. 1. 10. 29 anderweitigen Wirtschaftskreis. Off. unter A. 3157 an d. Geicht. d. 3.

Ein älter, flücht. m. langjähr. erfl. Zeugen verl. suchen an

Gärtner B. Vorzust. Kujewo, d. Złotniki Rui, pw. Inowrocław.

Gärtner — Schüke

6 Jahre, unverheiratet, sucht Stellung von sofort oder 1. 4. 29, mit sehr guten Zeugnissen, bewandert in allen Zweigen d. Gärtnerkunst, zw. Neuanlag., Treibhaus, Baumfrüchte, Gemüsebau, Samenzüchtung usw. Off. bitte zu

Gärtner B. Vorzust. Kujewo, d. Złotniki Rui, pw. Inowrocław.

Gärtnergehilfe

gepr., erf. in Topiary, Frühbeet, Freiland u. Gemüsebau, mit guten Zeugn., sucht sofort, oder später Stell. c. Gut ob. in Handelsgärt. 1488

A. Nowak, Bydgoszcz.

Storupki 68.

Junger Mann

um. u. energ., m. allen Büroarb. vertt., sucht von sofort od. später

Stellung

am liebst. im Berwalt.

Dienst. Gefl. Off. u. M.

1521 a. d. Geicht. d. 3tg.

Dom. Piastrowice,

pov. Leżajno.

Kesselschmied

sucht von ior. Stellung, auch als Heizer. Off. unter B. 1468 an die Geschäftsstelle d. 3tg.

Suche von sofort oder

1. April 1929 Dauerstellung als

Gutsattler

u. Hofvogt. Jungges. Bin schon längere Zeit in dieser Stellung tätig. Gute Zeugnisse und Empfehlungen zur Seite. Angebote unter D. 3135 an die Geicht. d. 3tg. erb.

Junger Mann

25 J. sucht Beihäftigung für die Vormittagszeit. Offerten unter C. 1494 a.d. Geschäftst. d. Zeitg.

Herrschafft.

Chausseur und Rutscher

verh., sucht in Bydg. Stell., v. 1. 4. 29 od. von sofort. Gute Zeugn. vorh. Off. u. L. 1520 an die Geicht. d. 3tg. erb.

Ein tüchtiger Sattler u.

Tapezierer, 27 Jahre a. verherr., sucht Stellung, mögl. auf größer. Gut. Offerten unter L. 1409 a.d. Geschäftst. d. Zeitg.

Bädergerellie

25 J. alt, w. selbstständig arbeit. kann, sucht Stell. als Bäder. Off. u. L. 1422 a.d. Geschäftst. d. Zeitg.

Müller geselle

m.a. Arbeit, wie Saug- gasmot., u. ll. Reparat. vertr., gute Zeugnisse vorhanden, sucht Stell. von ior. od. später. 1484 August Busse, Siedluchna, p. Gembice, powiat Mogilino.

Müller

militärjr., sucht Dauerstellung als Werkführer, Walenführ. oder als Erster. Selbiger ist der deutlichen und der poln. Sprache in Wort und Schrift mächtig. Eintritt sofort oder spät. Stadtmauer beworben. Gefl. Off. u. M. 3196 an die Geschäftsst. d. 3tg. erb.

Offene Stellen

Suche ab 1. April oder früher jünger, evgl.

Hofbeamter.

Kramer, Jordanowo b. Złotniki-Kujawskie.

Zum sofortigen Antritt, evtl. 1. 4. suchen wir einen tüchtigen, zuverlässigen, unverh.

Rechnungsführer.

Bewerber mit polnisch. Sprachkenntn. in Wort u. Schrift werden bevorzugt. Anfragen mit Lebenslauf u. Zeugnisabf. sind zu richten. An Kittergut Lutkow, powiat Krośniewo, pov. Moritz. 2085

Energischer Wirt

mit nur besten Zeugn. zum 1. 4. 29 gefügt. Bewerb. sollen Zeugn. Lebens- und Gehaltsanpr. jenseit der 15. 3. oder 1. 4. als alleiniger beworben. Gute Zeugn. werden benötigt. Lebenslauf, Lichtbild und Gehaltsanpr. bei fr. Stat. erbit. Gutsverwaltung Nielub, v. Wąbrzeźno (Briesen). 2085

powiat Gniezno.

Gesucht zum 1. April tüchtiger, unverheirat.

Inspektor

unter meiner Leitung.

v. Lulowicz, Blumfeld

v. Kamion Romorski 1533

Jüngerer, energischer

Inspektor

wird zum 1. 4. gefügt

für 800 M. Niederungs-

boden. 3126

Erich Dietrich,

Mate Walichnowy,

pov. Gniezno (Mewa).

Von sofort oder 1. 4. 29,

unverh., evangelischen

II. Beamter oder

Rechnungsführer

nicht unter 20 Jahren

für groß. Brennereigut

gefügt. Tätigkeit:

Sweicher-, Hofaufsicht,

Lohnrechnung u. w.

Poln. Sprachkenntnis

in Wort und Schrift

Bedingung. Lebensl.

Zeugnisabf. schriften, die

nicht zurückgel. wird.

W. Gehaltsforderung an

A. Hoce, Worec

pov. Kartuzy. 3140

Gesucht von sofort zu

inden an 3163

Gärtner B. Vorzust.

Kujewo, d. Złotniki Rui,

pov. Inowrocław.

Gärtnergehilfe

gepr., erf. in Topiary,

Frühbeet, Freiland u.

Gemüsebau, mit guten

Zeugn., sucht sofort, oder

später Stell. c. Gut ob.

in Handelsgärt. 1488

A. Nowak, Bydgoszcz.

Storupki 68.

Junger Mann

um. u. energ., m. allen

Büroarb. vertt., sucht von

sofort od. später

Stellung

am liebst. im Berwalt.

Dienst. Gefl. Off. u. M.

1521 a. d. Geicht. d. 3tg.

Verheirateter

Schweizer

sucht Stellung vom 1. 4.

Guter Weller. 3143

St. St. Kubis, 3143

Kamion, p. Jabłonowo,

pov. Brodnica.

Suche vom 1. April

Stelle als Kreis-

schweizer bei 20 Jahren

od. als Unterlehrmeis-

ter. 3121

Josef Stoer, 3109

Mata Turza, 3109

pov. Brodnica, powiat

Działdowo.

Suche für meine

dt.-ch. Hauslehrerin

die 2½ J. meine beid.

Söhne unterrichtet hat

(Sexta u. Quinta) zum

1. April Stell. a. d.

mögl. in Pommerellen.

Unterrichts-Erlaubnis

vorhanden. Angeb. an

Fr. Elvira Kritsch

pov. Krawie, d. Złotniki Rui, 3121

Rekowo, pov. Morski.

3106

Be amten

für mein 250 Morg. gr.

Gut (chw. Boden).

Schrift. Bewerbungen

mit Gehaltsanpr. und begl. Zeugnisabf. an

Frau E. Berger,

Pomie, p. Belpin,

pov. Tczew. 3121

Suche von sofort oder

1. 4. 29 einen tüchtigen

Hilfsjäger

der firm ist in Kästen

u. H. Eisenstahl, Wald-

hornjäger, möglichst

polnisch und deutsch in

Wort und Schrift.

Offerten, von Zeugnissen

u. Gehaltsanforderungen

an die Geicht. d. 3tg.

unter D. 3204 erbeten

3121

Gärtner — Schüke

gepr., erf. in Topiary,

Frühbeet, Kräutergarten,

etc. 3143

Gärtner — Schüke

Republik Polen.

Das erste Urteil gegen einen Anarchisten in Polen.

Tarnow, 4. März. Am Sonnabend fand vor dem kroatischen Schwurgericht die Verhandlung gegen einen gewissen Jakob Fied alias Umaniski, 20 Jahre alt, russischer Staatsangehöriger, ohne Konfession, statt, dem zur Last gelegt wurde, einer anarchistischen Organisation angehört zu haben. Als Belastungsbeweise dienten zahlreiche Schriften und Broschüren, die vom Angeklagten kopiert worden waren, und zwar „Gloss anarchista“, „Wolka ludu“, „Syndikalism“ und „Anarchism“. Das Urteil lautete auf 5 Jahre Zuchthaus unter Ausschaltung von 11 Monaten der verbüßten Untersuchungshaft. Auf Grund des Amnestiegesetzes wurde dem Angeklagten die Hälfte der Strafe geschenkt. Als mildernder Umstand wurde das jugendliche Alter des Angeklagten in Betracht gezogen.

Unsere lieben Freunde... Das Martyrium der polnischen Emigranten in Frankreich.

Wir lesen im Krakauer „Ilustrowany Kurier Godzieny“:

Der polnische Auswanderer, der sein Vaterland verlässt und sich nach dem Auslande begibt, um Arbeit zu suchen, muss eine ganze Hölle von Untersuchungen, Kontrollen, Revisionen und ähnlichen durchmachen, bis er endlich als eine wirklich wenig erwünschte Ware auf dem ausländischen Arbeitsmarkt anlangt. Denn die Arbeitslosigkeit bedrückt auch das Ausland und hat zur Folge, daß der ausländische Arbeiter nur in Ausnahmefällen und stets unter den ungünstigsten Bedingungen bei den Fremden als Äquivalent für die gewöhnlich schwerste Arbeit Brot finden kann. Doch hunderthalb schlimmer als die schwerste Arbeit sind die zahlreichen scheinbar geringfügigen Bedürfnisse und Beschränkungen, denen man z. B. in Frankreich einen jeden Ausländer aus dem einfachen Grunde aussetzt, weil 1. der französische Brotgeber grundsätzlich zu ihm kein Vertrauen hat und 2. die Konsulatsfürsorge für den polnischen Emigranten vollständig ungenügend ist. Wäre es anders, so würden wir nicht solche schmerzlichen Klagen und solche beargestellten Vorwürfe hören wie die, die uns neulich aus Rambouillet und Azincourt angingen. So schreibt ein junger polnischer in einer Glashütte beschäftigter Arbeiter aus Rambouillet:

„Ich bin hier schon acht Monate und arbeite fast unter einem Zwang, denn ich mußte von vornherein einen Arbeitskontrakt für das ganze Jahr unterschreiben. Die Arbeit ist hier nicht schwer, es sei denn, daß man große Hize ertragen muß. Jetzt ist älteres Wetter eingetreten, in den Fabrikwohnungen ist es daher kühl. In den Schlafstübchen müssen wir für die Ordnung selbst sorgen, sogar die Fußböden legen und schneuen. Die Versiegung ist ungenügend, und was uns am meisten schmerzt, ist der Umstand, daß wir hier hinter Gittern gehalten werden, als ob wir in einem Gefängnis wären. Die ganze Woche hindurch dürfen wir die Fabrik nicht verlassen, nur an dem einzigen Sonntag ist es uns gestattet, spazieren zu gehen. Für unseren Bedarf erhalten wir nur 2 Franken 50 Centimes einmal in der Woche, und zwar am Sonntag. Wir sind hier 10 Polen, doch es gefällt uns nicht. Wir können kein Handwerk erlernen, und wenn dies jemand von uns wollte, so würden darüber fünf oder sechs Jahre vergehen. Wir dürfen auch keine Besucher machen, höchstens nach drei Arbeitsjahren und dies noch für eigenes Geld. Wegen der geringsten Vergehen wird uns der Kopf abschoren wie einem Spitzbüben.“

Nicht anders ergibt es einer polnischen Arbeiterin aus Laincourt, die sich in einer Weise beschreibt, die zweifellos aufrichtig ist:

„Ich wende mich an Sie mit einer großen Klage. Ich bin nach Frankreich gekommen in der Hoffnung, daß es hier sehr gut sein würde, habe mich aber davon überzeugt, daß es nicht wahr ist, was man sich darüber erzählt. Ich war in Polen im Dienst wie hier, aber ich war nicht Sklavin wie hier. Ich habe sehr viel Arbeit, daß mir die Arme erschaffen, so daß ich in der Nacht nicht schlafen kann. Ich quäle mich sehr ab, und dazu gibt es noch keinen Ausgang. Abends nach der Arbeit darf ich mich nicht einmal auf eine halbe Stunde wegtröhren, um einige Worte mit der hier arbeitenden zweiten Polin zu wechseln, denn mit der französischen Sprache kann ich mir nicht helfen und allein langweile ich mich. Nicht einmal am Sonntag habe ich Ausgang. Ich schreibe nur die wenigen Worte, das Übrige werde ich verständlich erzählen, wenn jemand kommen sollte, um mich zu halten.“

Zu diesen Hilfserufen bemerkte der „Ilustrowany Kurier Godzieny“: „Für eine derartige Behandlung müßte man Rat finden. Auch der polnische Arbeiter, der sich außerhalb des Landes befindet, müßte eine entsprechende Fürsorge bei den polnischen Konsulatsvertretungen finden, die wir doch nicht zur Parade unterhalten!“

Unsererseits stellen wir der in den beiden Briefen geschilderten Behandlung der polnischen Emigranten in Frankreich die in jeder Beziehung menschenwürdige Behandlung gegenüber, die die polnischen Salzearbeiter in Deutschland erfahren. Und wenn wir noch daran erinnern, daß die im vorigen Jahre aus Deutschland zurückgekehrten polnischen Salzearbeiter Hunderttausende von Bloty an Ersparnissen ins Land brachten, während die Entlohnung des polnischen Arbeiters in Frankreich kaum zu seinem Unterhalt reicht, so ist es nicht schwer festzustellen, wo die „Barbaren“ und wo die „Kulturmation“ zu finden sind.

Rundschau des Staatsbürgers.

Miete und Hausreparaturen.

Da in letzter Zeit des öfteren während der Frostperiode Streitfälle zwischen Mietern und Hauswirten darüber entstanden sind, mer die Kosten bei Reparatur von Wasserleitungsröhren usw. zu tragen habe, ist ein Urteil des Warschauer Appellationsgerichts von Bedeutung. Einige Besitzer großer Häuser in Warschau beantragten im Friedensgericht die Ermission eines Mieters, der $\frac{1}{2}$ Jahre lang mit der Miete im Rückstand geblieben war. Es stellte sich heraus, daß der Mieter eine kleine Dachwohnung innehatte, deren Wände geplatzt und feucht waren, da das Dach Löcher aufwies, durch das der Regen in die Stube gelangte. Der Mieter vertrat daher die Ansicht, daß er nicht zu zahlen brauche, solange die Wohnung nicht gehörig instand gestellt werde. Diesen Standpunkt verteidigte auch der Rechtsanwalt des Mieters, der darauf hinwies, daß der Mietvertrag ein gegenseitiger Vertrag sei, daß also die eine Partei nicht zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen gezwungen werden könne, wenn die andere Partei ihren Verpflichtungen nicht nachkommt. Das Friedensgericht wies daraufhin die Klage der Hausbesitzer ab. Die Kläger legten Berufung ein, aber auch die zweite Instanz wies die Klage ab.

Die Einführung des Jahrgangs 1908.

In den nächsten Tagen erfolgt die Entlassung des Jahrgangs 1908 aus dem Militärdienst. Ein Teil des Jahrgangs wurde bereits im Herbst entlassen. Nunmehr wird der Teil entlassen, der im März 1907 im zweiten Turnus eingezogen wurde. Diejenigen Militärfähigen des Jahrgangs 1907, die während der Aushebung als militärtauglich erkannt wurden und bisher noch nicht eingezogen wurden, werden in den nächsten Tagen die Aufforderung erhalten, sich zu stellen. Im März soll nunmehr dieser Jahrgang ausgehoben werden. Diejenigen, die im ersten und im zweiten Turnus nicht aufgefordert wurden, sich zu stellen obwohl sie zur Kategorie I zählen, gelten als Überzählige, doch ist damit nicht gesagt, daß sie überhaupt vom Militärdienst befreit sind. Nach dem neuen Militärgesetz sind die Militärbehörden berechtigt, jeden Überzähligen bis zu seinem 25. Lebensjahr einzurichten.

Postgebühren sollen in Stempelmarken erlegt werden.

Warschau, 4. März. Das Finanzministerium hat dem Innenministerium ein Projekt vorgelegt, durch das die Art der Erhebung der Gebühren für Auslandsfässer abgeändert werden soll. Danach sollen die Gebühren nicht wie bisher in bar, sondern in Stempelmarken erhoben werden.

Wozu dieser Umstand? Will man etwa den Beamten, die mit der Ausstellung von Auslandsfässern beschäftigt sind, ein Misstrauensvotum ausspielen? Oder will man sich beim Publikum beliebt machen, das neben der Erfüllung von vielen anderen Formalitäten noch weitere Stempelmarken kaufen muß? Wird das Verfahren etwa billiger, wenn man viertausend Bogen Stempelmarken drucken muß?

Wir haben viel Verständnis für Tradition; doch diese Stempeltradition, die vom Dienst her immer gewaltsamer zu uns bringt, halten wir für genau so überflüssig und überaltert, wie das ganze Papier ist, das vorher eine osteuropäische Spezialität war. Wir vielfach blamierten Mitteleuropäer danken entschieden für derartige Methoden der Volksbegnadigung.

Was Stadt und Land.

Der Nachdruck lärmlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 5. März.

Wettervorhersage.

Die deutschen Wetterstationen finden für unser Gebiet wechselnde Bewölkung und wenig veränderte Temperaturen an.

Einigung zwischen Ärzten und Krankenkassen.

Die Verhandlungen zwischen dem Ärzteverband für Westpolen und dem Verband der Krankenkassen haben zu einer Einigung geführt. Ein bezüglicher Vertrag, der für eine Gestaltungsdauer von zwei Jahren vereinbart ist, wird demnächst in Posen unterzeichnet werden. Das bisherige Heilverfahren bleibt bestehen, d. h. das ambulatorische System kommt nicht in Frage. Über die Arzthonorare ist eine von der bisherigen Praxis abweichende Vereinbarung getroffen worden. Wir behalten uns vor, auf die Frage noch zurückzukommen.

Vorbereitungen gegen die Hochwassergefahr.

Der zum Kommissar bei Hochwassergefahr eingesetzte Stadtbaurat Régamay hatte gestern nachmittag zu einer Besprechung über den vorläufigen Stand der Vorbereitungen zur Abwehr der Hochwassergefahr in den Stadtverordneten-Sitzungssaal eingeladen. Stadtbaurat Régamay berichtete zunächst über den Plan der Hochwasserbekämpfung im Gebiet der Brda. Man hat den Flusslauf in fünf Abschnitte eingeteilt und jeden dieser Abschnitte einem Kommandanten unterstellt. Diesen Kommandanten stehen Arbeiterkolonnen aus den einzelnen, an den Ufern der Brda liegenden Fabriken und Sägewerken zur Verfügung. Außer den Kommandanten waren die Vertrauensleute der einzelnen Werke zu der geistigen Konferenz erschienen. Der Redner machte die Anwesenden mit den einzelnen Kommandanten bekannt, und gab Antrittsrichtungen über die Art der Signalisation, der Rettung usw. Während der Aktion sind die Befehle der einzelnen Kommandanten auszuführen, oder bei Abwesenheit derselben des Rats Tychoniewicz von der Wasserbauinspektion, wenn das Militär eingreift, diejenigen des Führers der Militäraufteilung. Die Vertrauensleute werden mit weiß-grünen Armbinden versehen sein. Einige Tage bevor das Hochwasser eintreten wird, das bei dem Gefälle der Brda dann aber sehr schnell kommen dürfte, wird die Wasserbauinspektion die einzelnen Werke, Gemeinden, Abschnitte und die Presse benachrichtigen.

Für Bromberg selbst sind drei besondere Rettungsabteilungen aufgestellt und zwar eine Abteilung der Staatspolizei, eine der Feuerwehr und eine der Gasanstalt. Das Gaswerk wird sich zudem selbst führen.

Der Redner empfahl schließlich noch, schon rechtzeitig alle transportablen Gegenstände aus gefährdeten Gegenden und auch aus Kellern in Sicherheit zu bringen und hochgelegene Plätze, auf denen Gegenstände in Sicherheit gebracht werden können, festzustellen und kennlich zu machen. Zum Schlus rügte Stadtrat Régamay an die Anwesenden einen warmen Appell, bei der Rettungsaktion kräftig Arbeit zu leisten und überall zu helfen, wo es not tut, ganz gleich, ob es sich um den eigenen oder fremden Bestand handelt.

Für Ratschläge jeder Art über Sicherungs- und Vorsichtsmaßnahmen steht Stadtbaurat Régamay jederzeit im Rathause telefonisch oder auch persönlich zur Verfügung.

S. Vom Weiter. Die gelinde Witterung des gestrigen Tages brachte auf stark begangenen Straßen als „Vorkost auf härente Genüsse“ schon erheblichen Schmutz. Gestern abend zeigte das Thermometer $\frac{1}{2}$ Grad Kälte, heute morgen jedoch wieder 5 Grad Celsius. Bei dem flauen Himmel des heutigen Vormittags dürfte sich die Duedstücksäule wieder schnell dem Nullpunkt nähern, oder ihn eventuell sogar überschreiten.

S. Ehrung für langjährige treue Arbeit. Für langjährige treue Arbeit (25–35 Jahre) wurden kürzlich in einer besonderen Feier folgenden Angestellten des Lloyd Bydgosty durch den Vizepräsidenten der Handelskammer, Direktor Janowski, Diplome überreicht: Wilhelm Sandren, Otto Dehla, Oskar Müller, Emil Krause, Erwin Sittau, Franz Okomski, Johann Schlosser, Felix Domagowski, Anton Baranowski, Albert Dombeck, Anton Kowalski und Andreas Kłuszczyński. An der Feier nahmen der Vorsitzende des Aufsichtsrats B. Słomiński, Direktor Tomczycki und die Prokuristen der Firma teil. Den genannten Angestellten wurden durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats Geldgeschenke überreicht.

S. Apotheken-Nachtdienst. Von Montag, 4. d. M., bis Montag, 11. d. M., haben folgende Apotheken Nachtdienst: Central-Apotheke, Danzigerstraße 19 und Löwen-Apotheke, Berlinerstraße (Schleusenau).

S. Vom Bezirks-Arbeitslosenfonds wird uns mitgeteilt, daß diejenigen Arbeitslosen, die vor dem 31. März d. J. ihre für den 18. Wochenzeitraum bestimmte Unterstützung verbraucht haben oder verbrauchen werden, berechtigt sind, Unterstützungen weiterhin im Laufe von vier Wochen zu beziehen. Vom 25. vorigen Monats ab erfolgt bereits die Auszahlung auf dem Gebiet der Stadt Bromberg, des Kreises Bromberg, der Stadt Inowroclaw, des Kreises Inowroclaw, und Kreise Wirsitz, Mogilno, Schubin und Strelno.

S. Deutsche Bühne Bromberg. Das die neuerdings dem Programm der Deutschen Bühne einverleibten Exfurionen in das aus dem Rahmen der Bühnenwerke hinausgehende Gebiet des kulturellen deutschen Lebens hier Anerkennung und Anklang finden, beweist auch der am Sonnabend veranstaltete Schubert-Abend, bei dem sich ein zahlreiches Publikum ein Stellthechein gab. Und jedermann ist auf seine Kosten gesformt, hat Eindrücke mit nach Hause genommen, die im Gedächtnis festgehalten werden dürfen. Den äugeren Rahmen der Veranstaltung bildeten mehrere von den vereinigten Bromberger Gesangvereinen mit tiefem Empfinden, wuchtig und klangerdig zu Gehör gebrachte Bilder aus der Hinterlassenschaft Schuberts, dieses genialsten und fruchtbarsten Komponisten aller Zeiten. Der Stab des Dirigenten Lehrers Hoppe holte besonders aus den Kompositionen „Sanctus“ und „Die Nacht“ den Reichtum der melodischen und harmonischen Erfindung des Meisters, ferner aus dem Volkslied „Der Lindenbaum“ die blühende Frische des Ausdrucks in musikergütiger Weise heraus. Im Mittelpunkt des Interesses stand der Vortrag von Willy Damaschke, der an Hand von Lichtbildern das Leben und Wirken dieses Meisters der Tonkunst veranschaulichte. Den Schlus bildeten Erinnerungen von Wiener Sängerkonkurrenz, wobei der Aufmarsch der deutschen Sänger aus den verschiedensten Ländern, besonders aus allen Gauen Deutschlands und Österreichs auf der Leinwand gezeigt wurde. Bedauerlich ist es, daß man die Deutschen in Polen, die sich auch bei dieser Gelegenheit mit ihren geschmackvollen Arrangements sehen lassen konnten und schon aus diesem Grunde in Wien eine besonders liebenswerte Aufnahme fanden, in diesem Film vollständig übergangen hat. Doch abgesehen von diesem Mangel muß anerkannt werden, daß die Veranstaltung der „Deutschen Bühne“ in vollem Maße den Zweck erreicht hat, dem sie gewidmet war.

S. Dreiste Diebstähle hat sich eine hiesige Dentistin erlaubt, die vor kurzer Zeit ein Messer in der Werderstraße eröffnet hat. Sie hat niemand anderes als ihre Patienten bestohlen, die zu ihr kamen, um sich von Zahnschmerzen befreien zu lassen. Im Laufe der Behandlung hielt die Dame den Patienten den Mund offen und den Kopf ganz still zu halten. Unterdessen trat sie an den Tisch, der hinter dem Operationsstuhl stand und auf dem die Freunde ihre Handtaschen usw. abzulegen pflegten, und stahl gewöhnlich einen Teil des Gelbes aus den Taschen. Die bestohlenen Patienten mögen den Mund wohl noch eine ganze Weile offengehalten haben, als sie später das Kleine von Geld in ihren Taschen bemerkten. Aber es kam niemand darauf, daß gar die Dentistin hätte den Diebstahl ausführen können. Bis schließlich eine Frau feststellte, daß allein diese Dame für den Diebstahl verantwortlich sein konnte. Sie begab sich zur Kriminalpolizei und meldete den Fall. Dort wurde nun folgender Kriegsplan zur Überführung der Diebin aufgestellt: Die Frau sollte sich wieder in Behandlung begeben und in ihrer Handtasche einige Gelbscheine haben, deren Nummern sich ein Kriminalbeamter notierte. Als die Frau die Dentistin wieder verlassen hatte, stellte sie tatsächlich das Kleine einiger Banknoten fest. Der vor dem Hause wartende Kriminalbeamte begab sich nun sofort in die Wohnung der des Diebstahls verdächtigen Dentistin, nahm eine Revision vor und fand tatsächlich die gestohlenen Scheine auf, deren Nummern mit den auf seinem Bettel verzeichneten übereinstimmten. Die Diebin wurde festgenommen.

S. Einbrecher drangen in der Nacht vom 3. zum 4. d. M. in die Wohnung der Frau Felicia Kattenräger, Kosciuszkostraße 1, ein und stahlen für etwa 500 Bloty 29 Paar Schuhe. Von den Einbrechern fehlt jede Spur.

Vereine, Veranstaltungen ic.

Gauverband Bromberger Männerchor. Die Probe am Mittwoch, dem 6. März, fällt aus und findet dafür am Mittwoch, dem 18. März, bei Wicker statt. Liebertafel am Mittwoch wie üblich.

* Kempen (Kepno), 5. März. Kransiedereiung an den Heldengräbern. Der wie alle Jahre von dem deutschen Kriegerbund Berlin gestiftete Krans für die 14 Heldengräber auf dem hiesigen evangelischen Friedhof wurde nach einer kleinen Gedächtnissfeier, welche in der Friedhofshalle stattfand, niedergelegt.

* Krotoschin (Krotoszyn), 5. März. Infolge der Glätte stürzte am Freitag in der Nähe des Hotels Welkopolski Frau Michalowska unglücklich, daß sie sich einen Arm brach.

II. Krotoschin (Krotoszyn), 4. März. Grecher Betrug. Vor wenigen Tagen erschien eine Frauensperson, angeblich im Auftrage eines Gasthausbesitzers, und kaufte im Zweiggeschäft eines Fleischmeisters Fleischwaren und Speck für die Gesamtsumme von 17,50 Bloty auf Kredit. Der vermeintliche Besteller war nicht wenig erstaunt, als man ihm die Rechnung für angeblich entnommene Fleischwaren präsentierte. Bald entpuppte sich die Angelegenheit als frecher Betrug. Die Beirügerin wurde bald erkannt und festgenommen.

* Wirsitz (Wyrzysk), 5. März. Holzauktionen. Die Staatliche Oberförsterei Grabowno veranstaltet am 6. März in Wirsitz im Lokal Saminski und am 20. d. M. in Grabowno im Lokal Weinicki Holzauktionen. — Die Oberförsterei Samostrzel veranstaltet am 7. d. M. vor mittags 9 Uhr im Bahnhofshotel eine Holzauktion. Zum Verkauf kommt bei allen Auktionen Nutz- und Brennholz gegen sofortige Barzahlung.

Chef-Redakteur: Gottlob Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Hans Wieje, für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Herde; für Anzeigen und Reklame: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann. G. m. b. H. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 54. und „Die Scholle“ Nr. 5.

Jäger, seid Heger! Flüttet das Wild!
Achtet auf Schlingensteller!

Gestern früh 7 Uhr entschlief nach kurzem Leiden, mit dem heiligen Abendmahl verlehen, unser liebes Ochen, Mutter, Schwester, Schwägerin, Tante, Schwiegermutter, Groß- und Urgroßmutter, die verw. Frau Fleischermeister

Laura Gutbier

geb. Germann

im 83. Lebensjahr.

Im tiefsten Schmerz zeigen an

Bruno Gutbier nebst Frau
7 Enkel und 1 Urenkel
Max Germann, Bruder, Bremen
Albert Gruhn, Schwiegersohn, Berlin
Artur Wissler.

Bydgoszcz, den 5. März 1929.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 7. März, nachm. 4 Uhr, von der Halle des alten evgl. Friedhofes, Wilhelmstraße aus statt.

1524

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Kranspenden beim Heimgange unserer geliebten Mutter

3129

Pauline Hollaž

sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere Herrn Pastor Krause, Konojad, für die lieben, trostreichen Worte unsern

tiefgefühltesten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Kamien bei Jabłonowo, den 1. März 1929.

Damen-Toiletten
w. z. old. Bren. getrigt.
Jagiellońska 44.

Nach Gottes unerschöpflichem Ratschluß wurde uns Sonntag, den 3. d. Ms., nachmittags 5 Uhr, meine innig geliebte Frau, unsere herzensgute Mutter, Schwester, Schwieger- und Großmutter, Schwägerin und Tante

Alma Hahnfeldt

geb. Weinberg

im Alter von 56 Jahren durch den unerbittlichen Tod entrissen.

Dieses zeigen im Namen aller Leidtragenden schmerzerfüllt an:

Gustav Hahnfeldt
Erna Müller geb. Hahnfeldt
Walter Hahnfeldt.

Węcław, den 4. Februar 1929.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 7. d. Ms., nachm. 2½ Uhr, von der Evgl. Kirche in Węcław aus statt.

1529

Statt Karten.

Am 4. März, nachm. 4.45 Uhr, entschlief sanft nach langerer, schwerer Krankheit mein geliebter Mann, unser rastloser Vater, lieber Bruder, Schwiegersohn, Schwager und Onkel der

Besitzer

Emil Hoffmann

im Alter von 61 Jahren.

In tiefem Schmerz

Martha Hoffmann geb. Schmidt und Kinder.

Legnovo, den 5. März 1929.

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 8. März, nachm. 1½ Uhr, vom Trauerhaus aus statt.

1530

Der Herr über Leben und Tod rief während meiner Abwesenheit am 1. März aus voller Arbeit ab

Herrn Julius Heimann

Rentmeister des Dom. Czajce.

Wir verlieren einen unermüdlich pflichttreuen Mitarbeiter, der nach Jahrzehntelanger amtlicher Beamten-Laufbahn in den letzten 10 Jahren auch trotz langer schwerer Krankheit seine Kräfte der Privatwirtschaft zur Verfügung gestellt hatte.

Weit über meine Familie hinaus werden viele in Dankbarkeit seiner gedenken und oft auch seine treue, selbstlose Mitarbeit im Kreistag und Schule vermissen.

Wir alle bewahren ihm ein treues Andenken.

Czajce, den 5. März 1929.

Graf von der Goltz.

Töchterheim "Elim".

Jg. Mädchen erh. in staatl. konzessionierten theor. u. prakt. Anleitung in allen Fächern der Haushaltung. 90. zl monatlich. Beginn des nächsten Kursus 5. April. Pro Welt durch das Diakonissen-Mutterhaus Węcław.

Diakonissen-Mutterhaus Węcław.

Notenetageren

empfiehlt in großer Auswahl sehr billig

B. Sommerfeld, Pianofabrik

Bydgoszcz, ul. Sniadeckich 56. 2799

foto grafien
zu staunend billigen
Preisen 2807
Passbilder sofort mit-
zunehmen
nur Gdańskia 19.
inh. A. Rüdiger. Tel. 120.

Reparaturen an Wasserleitungen
Patentschlössern, Jalousien u. and. Sach. führt aus.
Sienkiewicza 8, 2 Tr. r.

Heute, Dienstag, Première
des sprudelnden Lustspiels,
illustriert die Abenteuer eines in den Studi des
Großstadtlebens geworfenen
Mädchen, unter dem Titel:

Kino Kristal

6.45 - 8.45.

"Hoppla - Vater sieht's ja nicht"

Hebamme erteilt Rat u.
nimmt Bestellungen entgegen
1231 Dworcowa 90.
Bydgoszcz Tel. 18-01

Dr. v. Bohrens

bearbeitet allerlei Verträge
Testamente, Erbschaften, Auflassungen, Hypothekenlöschung, Gerichts- u. Steuerangelegenheiten.

Promenada nr. 3.
beim Schlachthaus.

Erteile Klavier-
unterricht

für Anfänger. 1522
Liesbeth Schulz,
Węcław,
Koscielna 7.

Telefon 1449 2994

Gdańska 165.

Aus der Konkurrenzmasse

Otto Russau, Danzig

kommen die
Maschinen und die Fabrikseinrichtung
der Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik durch mich zum Verkauf.

Ich erbitte Gebote.
John Seyfert, Konkursverwalter
Danzig, Hofengasse 96.

Linoleum
A. O. Jende, Bydgoszcz.

Gdańska 165.

Klaviers-, Violin- und
Mandolinen-Unterricht
w. billig u. gründl. ert.
Pomorska 9, 50, Hoh. III.
1482

Wer möchte vrl. gründl.
Wäsche zu dneiden
lernen. Off. u. N. 1525
an die Geschäftsst. d. 3ta.

Rutschwagen
Partwagen, Selbstfahrer, Cabriolettwag.
wie Klappwagen, offizielle billigt; auch w. alte Autowagen laub. u. reell augearbeitet.
Zimmer Ratto Notes, Rynek 365. 1646

Kisten, Tritts. u.
Leiter, Holzhausenartikel offeriert 2764
Holzwaren-fabrik, Dworcowa 77. Tel. 1621

Bruteier
weißer amer. Legehörn und weißer Wrandott.
abzugeben a St. 1. St.
Beide Zuchten höchst prämiert (bronze) 3208
Staatsmedaille. 3208
Fran Richard, Czachów, Biskupiec-pom., pow. lubawski.

Nordost Kleine Gerste
1. Abact von Originalfrühreis, für leichte Böden höchster Ertrag, zur Saat abzugeben. Preis 24 zl per 50 kg. Grams. 3125 Radziejewo-Starogard.

Saatzucht Lekow
T. z. o. p.
Kotowiecko (Wlkp.)
Bahnstation: Ociaż-Kotowiecko.

Klavierstimmungen und Reparaturen, jahrgemäß und billig, liefern auch gute Muß zu Hochzeiten, Gesellschaften und Vereinsvergnügen.

Heirat
Handwerker, 25 J. alt, engl. w. Geschäftsd. m. 4000 zl. Verm. kennen zu lernen zwecks späterer Heirat. 273

Deutsche Bühne
Bydgoszcz 2. 3. Sonntag, den 10. März nachm. 3 Uhr Fremden-Darstellung. Neuheit! Neuheit!

Das Spiel mit dem Feuer
Lustspiel im 3 Acten von Hans Sturm. Eintrittskarten ab Mittwoch in Johne's Buchhandlung. Sonntag von 11-1 Uhr ab 2 Uhr an der Theaternafte.

Abends 8 Uhr: Neuheit! Neuheit! Zum ersten Male: Lucia

oder Liebe an der Grenze. Operette in 3 Acten von E. W. Roll. Muß von Walther Henzel. Eintrittskarten für Abonnenten Mittwoch u. Donnerstag, freier Verkauf Freitag und Sonnabend in Johne's Buchhandlung. Sonntag v. 11-1, 2-3 Uhr ab 7 Uhr an der Theaternafte.

Bobnungen
1. Zimmer zu verm. Sniadeckich 21, hoch. v. 1518

Vatulungen
Tüchtiger Fachm., mit 12-15.000 zl. leicht Mühe zu packt, entl. auch zu kaufen. Liefernahme a. Niederlage ob. Ionitica. Vertragnospit. Off. u. K. 1519 a. d. Gicht. d. 3.

Abends 8 Uhr: Neuheit! Neuheit! Zum ersten Male: Lucia

oder Liebe an der Grenze. Operette in 3 Acten von E. W. Roll. Muß von Walther Henzel. Eintrittskarten für Abonnenten Mittwoch u. Donnerstag, freier Verkauf Freitag und Sonnabend in Johne's Buchhandlung. Sonntag v. 11-1, 2-3 Uhr ab 7 Uhr an der Theaternafte.

Heute
Dienstag, 8 Uhr im Civilkasino

Prima Dörme
Lyck, Jagiellońska 31. Manfred Lewandowski.

Beiprogramm! Abenteuer des Matrosen. Farce in 2 Akten. Peterchen als Oceanflieger. Zeichengroteske in 1 Akt sow. Gaumonts Wochenschriften.

Humor! Lachsalven! Deutsche Beschreibungen.